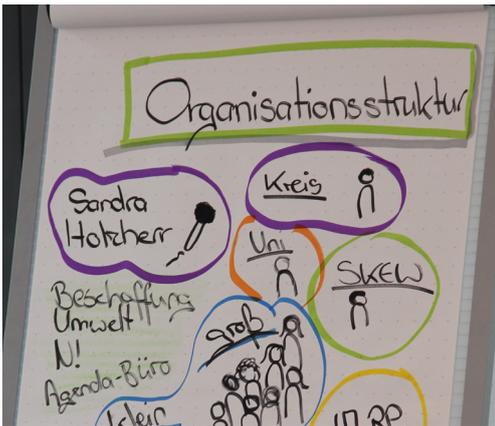


: Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2015 Jahresbericht



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : 53115 Bonn
Tel. 0228/ 9 59 25-10
Fax: 0228/ 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: [@sefbonn](https://twitter.com/sefbonn)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2016
Fotos: sef: und Christoph Petras (Cover u.r.)
Texte: Rebekka Hannes, Dr. Michèle Roth
Redaktion: Rebekka Hannes, Larissa Neubauer, Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Inhaltsverzeichnis

sef: 2015

Editorial	5
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Das normative Fundament von Global Governance zwischen Erosion und Fortentwicklung	7
Perspektiven für die Weltgesellschaft. Globale Trends 2015	9

Programmbereich II: Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung

Die Umsetzung der SDGs – Bund, Länder und Kommunen im Blick	11
<i>Interview mit Mercedes Mathebula: Die Bedeutung der SDGs für die Stadt Tshwane</i>	13
Nachhaltige Entwicklung. Welche Verantwortung hat die Wirtschaft?	14

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Der weltweiten Flüchtlingssituation gerecht werden	16
<i>Interview mit Ramy Lakkis: Spannungen zwischen syrischen Flüchtlingen und libanesischen Aufnahmegemeinden</i>	18
<i>Interview mit Irem Somer: Die Syrien-Krise ist auch eine Menschenrechtskrise</i>	18
<i>Interview mit Amin Awad: Die Syrien-Krise wird unsere Politikergeneration charakterisieren</i>	19
Internationale Verantwortung im Gesundheitssektor – Der Fall Ebola	20
<i>Interview mit Dr. Khama Rogo: Den Privatsektor für eine bessere Gesundheit in Afrika gewinnen</i>	22
<i>Interview mit Dr. Olawale Maiyegun: Nach Ebola. Die Einrichtung eines Afrikanischen Zentrums für Seuchenkontrolle und Prävention</i>	23

sef: Finanzen

Finanzbericht	25
-------------------------	----

sef: Intern

sef: Vorstand	29
sef: Kuratorium	29
sef: Beirat	31
sef: MitarbeiterInnen	31
Kooperationspartner und Förderer	32
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2015	33

• sef: 2015

Editorial

Die Debatte über den angemessenen Umgang mit Flüchtlingen zwischen Integrationsbemühungen und schneller Rückführung hat längst die heimischen Talkshows erreicht. Viele Flüchtlinge machen und machen sich weiter auf den langwierigen, entbehrungsreichen und oft lebensgefährlichen Weg nach Europa, weil ein Ende des Konflikts in ihrem Heimatland in weiter Ferne scheint und sie keine Zukunftsperspektive für sich und ihre Kinder sehen. Dass andere – und zumeist ärmere – Weltregionen mit viel größeren Flüchtlingszahlen umgehen müssen, gerät dabei schnell aus dem Blick. So hat das kleine Nachbarland Jordanien alleine 1,2 Mio. Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen.

Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien Anfang 2012 sahen sich fast 5 Mio. Syrer gezwungen, ihr Land zu verlassen. Trotzdem war zu Beginn des Jahres 2015 für viele hierzulande nicht absehbar, wie stark Europa von den Flüchtlingsströmen betroffen sein würde. Vorausschauend befasste sich die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) bereits im Juni 2015 im Rahmen ihres Berliner Sommerdialogs mit dem Problem der Perspektivlosigkeit von Flüchtlingen in Aufnahmeländern, die selbst von Armut und innerer Zerrissenheit geprägt sind. Schon damals wurde sehr deutlich, dass die unzureichende Unterstützung der Nachbarregionen durch die internationale Gemeinschaft in absehbarer Zeit zu Verwerfungen führen würde. Der Regionale Flüchtlingskoordinator beim Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für den Nahen Osten und Nordafrika warnte beim Sommerdialog mit deutlichen Worten vor dem hohen Preis, den Nachbar- wie Geberländer bezahlen werden, wenn es nicht gelingt, schnell eine politische Lösung für den Syrienkonflikt zu finden. VertreterInnen von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen aus dem Libanon, der Türkei und Jordanien berichteten über die sich schon damals dramatisch zuspitzende Situation in ihren Ländern.

Der Sommerdialog machte die Dringlichkeit der politischen und diplomatischen Bearbeitung von gewaltsamen Konflikten in Syrien und anderen Krisengebieten ebenso deutlich wie die Notwendigkeit zur umfassenden Not- und Übergangshilfe unter Beteiligung der aufnehmenden Gemeinden und Regionen.

In Deutschland hat das Schüren von Ängsten im Zuge der Flüchtlingsdebatte zu einer neuen Politisierung der Gesellschaft und kurzfristig zu deutlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft geführt, deren Beständigkeit noch offen ist. Der Ton in den politischen Debatten ist rau geworden. Dies gilt auch für die Ebene der Europäischen Union, die sich mit den Kernthemen Verteilung, Ausgleich und

Solidarität auseinandersetzen muss. Begleitet wird diese Debatte von Renationalisierungstendenzen, die das Friedensprojekt Europa ernsthaft zu gefährden drohen.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass im Jahr 2015 auch Fortschritte in der internationalen Politik und für Global Governance erreicht wurden. Die unkontrollierte Ausbreitung von Ebola zu einer Pandemie, die Anfang 2015 noch möglich erschien, konnte dank des zwar späten, aber doch stattfindenden internationalen Engagements und unter dem enormen Einsatz lokaler Kräfte verhindert werden. Ebola war ein Weckruf, der hoffentlich zu einer dauerhaften Stärkung globaler und regionaler Gesundheitssysteme führen wird.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedeten die Vereinten Nationen im September 2015 ein Leitbild für weltweites Handeln, das international viel Zustimmung fand und zu einer Transformation hin zu globaler Nachhaltigkeit führen könnte. Und schließlich gelang es im Dezember 2015 in Paris, ein neues globales Klimaabkommen zu verabschieden, wobei viele Details im fortlaufenden Prozess noch geklärt werden müssen.

Diese Fortschritte zeigen, dass es sich lohnt, auch bei fast aussichtslos erscheinenden Ausgangslagen nicht in Resignation zu verfallen, sondern im steten Dialog, in konstruktiven Gesprächen und mit vereinten Kräften nach neuen Lösungswegen zu suchen. Die sef: wird ihre Bemühungen fortsetzen, auch bei kontroversen Themen Dialoge zu befördern, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen und insbesondere den Austausch über alle Politikebenen hinweg mit Ländern und Gesellschaften des Globalen Südens zu suchen.



Renate Hendricks MdL
Vorsitzende des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

• **sef: Themen**

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Das normative Fundament von Global Governance zwischen Erosion und Fortentwicklung

Die aktuellen Spannungen im internationalen Gefüge sind vielfältig spürbar. Sie schlagen sich u.a. in immer komplexer werdenden Konfliktgemengelage nieder, deren Lösung kaum noch möglich scheint. Die Vereinten Nationen (UN) und die von ihnen vertretenen Regeln und Normen für ein friedliches Zusammenleben wirken angesichts täglich neuer negativer Schlagzeilen schon beinahe anachronistisch. Leben wir in einer Zeit der Anfechtung oder gar Ablehnung von Kernnormen internationaler Sicherheit? Brauchen



sef: Expertenworkshop 2015: Nicole Deitelhoff, Lothar Brock und Sebastian von Einsiedel (v.l.n.r.)

wir ein neues Set an handlungsleitenden Normen als Basis für eine friedliche globale Politikgestaltung? Und wie kommen wir zu solchen Normen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) 2015 im Rahmen ihres *Internationalen sef: Expertenworkshops*.

Im Vordergrund stand dabei zunächst das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität bzw. dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und dem Schutz fundamentaler Menschenrechte sowie der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter. Dieses Spannungsverhältnis ist keinesfalls neu und schon in der UN-Charta angelegt. Es tritt gegenwärtig jedoch mit neuer Vehemenz, aber auch einer neuen Vielfalt an Nuancen zutage. Dies zeigte sich deutlich in einer von China initiierten Debatte im UN-Sicherheitsrat im Februar 2015. Während Russland auf dem Prinzip der Nichteinmischung beharrte und sich über die Einflussnahme mächtiger Staaten mit dem Ziel eines Regimewandels beklagte, forderte der US-amerikanische Vertreter „robuste“ Handlungen zum Schutz von Menschenrechten. China wiederum bemühte sich, eine Mittlerrolle

einzunehmen, indem es forderte, die konfrontative Haltung zugunsten einer verstärkten Kooperation im Interesse aller aufzugeben. Gerechtigkeit, nicht Hegemonie sollte demnach die internationalen Beziehungen bestimmen, unter angemessener Berücksichtigung der Souveränität des anderen.

Wer hat die internationale Ordnung durcheinander gebracht?

Der bislang prominenteste Versuch, nationale Souveränität mit dem Schutz der Menschenrechte zu versöhnen, ist die entstehende Norm der Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*, R2P). Sie knüpft seit Anfang der 2000er Jahre die nationale Souveränität an die Verantwortung von Staaten, ihre Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wenn ein Staat dazu nicht willens oder in der Lage ist, geht die Schutzverantwortung an die internationale Gemeinschaft über. Auch wenn die Schutzverantwortung anfänglich für Kontroversen sorgte, so fand sie doch breite Unterstützung, insbesondere auf dem von gewaltsamen Konflikten besonders geplagten afrikanischen Kontinent. Beim UN-Weltgipfel 2005 wurde sie von den versammelten Staats- und Regierungschefs einstimmig angenommen. Spätestens mit der Libyen-Intervention 2011 folgte jedoch ein Rückschlag. Der Westen sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, die Schutzverantwortung im eigenen Interesse und als Vorwand für einen Regimewechsel missbraucht zu haben. Gerade afrikanische Regierungen fühlten sich von westlichen Staaten regelrecht betrogen, wie ein südafrikanischer Experte im Rahmen des Workshops erläuterte. In vielen Ländern, und vor allem in den erstarkenden Schwellenländern, wuchs in der Folge die Befürchtung, dass der Westen das Konzept auch gegen sie verwenden könnte.

Die westlichen Mächte mit ihrem Versuch, Souveränität neu zu definieren (und in praktische Politik umzusetzen), haben deshalb einen wesentlichen Anteil daran, dass die internationale Ordnung aus den Fugen geraten ist, kritisierten zahlreiche TeilnehmerInnen des Workshops. Auch die Tatsache, dass andere einst universell akzeptierte Normen vom Westen und vor allem von den USA wieder infrage gestellt werden – etwa das Verbot von Folter (Guantanamo) oder das Tötungsverbot (u.a. durch *targeted killing*) – führt dazu, dass der Westen vor allem bei aufsteigenden Führungsmächten an Glaubwürdigkeit einbüßt.

Normanfechtung als Zeichen von Lebendigkeit

Ist R2P damit eine tote Norm? Nein, waren sich die meisten Workshop-TeilnehmerInnen einig. Die Anfechtung dieser entstehenden Norm könne viel-

mehr als Beweis dafür angesehen werden, dass sie weiterhin am Leben ist. R2P wie auch andere jüngere Entwicklungen im Völkerrecht, insbesondere die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC), hätten zu einer Gewichtsverlagerung innerhalb der internationalen Ordnung geführt – weg von der Sicherheit des Staates hin zur Sicherheit des Individuums. Die Anfechtung neuer Normen trage zu ihrer

while Protecting (RwP) bewertet, das u.a. sicherstellen soll, dass das Schutzziel nicht durch versteckte Agenden wie etwa einen Regimewechsel überlagert wird. Brasilien habe damit einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung der R2P und zur Überprüfung ihrer Umsetzung geleistet. Entsprechend bedauerten die in Berlin versammelten ExpertInnen, dass Brasilien diesen Vorschlag gegenwärtig nicht weiterverfolgt. Sie plädierten für eine Wiederaufnahme der Debatte, auch unter Berücksichtigung des chinesischen Konzepts der *responsible protection*.

Nicht die Normen sind das Problem, sondern deren Anwendung

Klar wurde während des sef: Expertenworkshops auch, dass es zwar Auseinandersetzungen um Normen und deren Verhältnis zueinander gibt, das Hauptproblem aber in ihrer Anwendung liegt. Normen selbst seien nicht sehr „verlässlich“, formulierte eine Teilnehmerin. Sie würden keine eindeutige Handlungsanleitung für die Praxis geben, da sie meist unpräzise und in der Hierarchie zueinander unklar seien. Normen würden lediglich beschreiben, was zu tun sei, aber nicht wie, und sie könnten uns auch nicht zum Handeln zwingen. Zur Interpretation von Normen seien Institutionen wie Gerichtshöfe erforderlich, die aber im internationalen Kontext meist nicht existieren oder nicht genügend Einfluss besitzen. Stattdessen werde die Normumsetzung oft von einflussreichen Staaten kontrolliert. Ohne zentrale Umsetzungsinstanz bleibe deshalb jede normative Ordnung instabil. Wichtig sei es, den Kern einer Norm zu verteidigen, und nicht jedes Detail ihrer



Bonn Conference for Global Transformation 2015: Lutz Weischer, Silke Weinlich, Kirsten Meersschaert Duchens und Rafael Senga (v.l.n.r.)

Definition bei und fördere so ihre Umsetzung. Auch müssten Normen erst einmal das ganze internationale System durchdringen, bis letztlich eine neue Balance gefunden werden könne. Seit Libyen werde in UN-Sicherheitsratsresolutionen wieder vermehrt Bezug auf R2P genommen; der Grundsatz der Nicht-Gleichgültigkeit (*non-indifference*) gegenüber Vorgängen in anderen Staaten gewinne zunehmend Anerkennung. Als positive Entwicklung wurde auch der Vorstoß Brasiliens für ein Konzept der *Responsibility*

Foreign Voices 3|2015

Public Diplomacy Coalitions with the Global South. East Asia as the next global center of gravity

Carolina G. Hernandez

Parallel zur offiziellen Politik zwischen Staaten tauschen sich auch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und andere relevante Akteure untereinander aus und arbeiten an gemeinsamen Projekten. Eine solche Zusammenarbeit, *Track Two Diplomacy* genannt, existiert auch zwischen Akteuren der Europäischen Union und der Asien-Pazifik Region. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken zahlreicher Länder in Ostasien und strategischen Machtverschiebungen gewinnt sie immer mehr an Bedeutung. In ihrem Beitrag zu den *Foreign Voices* plädiert die philippinische Wissenschaftlerin Prof. Carolina G. Hernandez daher für eine Bestandsaufnahme und Ausweitung bestehender Koalitionen.



Global Governance Spotlight 4|2015

Von der R2P zur RwP. Schwellenländer und die Zukunft der Intervention

Kai Michael Kenkel

Seit der umstrittenen NATO-Intervention in Libyen im Jahr 2011 stehen sich westliche Staaten und Schwellenländer in der Frage nach Interventionen zum Schutz der Rechte von Individuen gegenüber. Während westliche Staaten militärische Gewalt häufig für ein probates Mittel erachten, betrachten Schwellenländer ein Nichteingreifen als eine entscheidende Garantie ihrer Autonomie und ziehen nicht-militärische Unterstützung vor. Im *Global Governance Spotlight 4|2015* führt Prof. Dr. Kai Michael Kenkel Gründe an, warum für die Legitimität und Wirksamkeit der Schutzverantwortung (R2P) die Unterstützung sowohl von Staaten aus dem globalen Norden als auch aus dem globalen Süden erforderlich ist und gibt Empfehlungen für eine Neubelebung der Debatte.



Anwendung, empfahl eine Expertin. Die Umsetzung internationaler Normen erfolge naturgemäß dezentral; Unterschiede in ihrer Auslegung sollten akzeptiert werden, solange nicht ihr Kern betroffen ist.

Machtpolitik vs. Gerechtigkeit und Fairness

Dieser Realität einer interessengeleiteten, machtbasierten und somit selektiven Umsetzung von Normen steht gegenüber, dass Global Governance regelbasiertes und gerechtes Handeln impliziert. Wie kann eine höhere prozedurale Fairness in der Anwendung von Normen erreicht werden? Notwendig dafür seien institutionelle Gerechtigkeit und ein Mächtigegleichgewicht, ebenso wie eine Stimme für diejenigen, die von der Anwendung einer Norm konkret betroffen sind. Dabei könnte regionalen Organisationen eine wichtige Rolle zukommen, so ein Redner. Ihnen sollte ein größeres Mitspracherecht bei internationalen Maßnahmen, die speziell ihre Region betreffen, zukommen. Damit könnte die Akzeptanz von Normen erhöht werden. Dem hielten andere TeilnehmerInnen entgegen, dass eine stärkere Rolle für Regionalorganisationen zu einer Fragmentierung des globalen Systems führen würde. Zudem würden sich die Regionalorganisationen mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen wie internationale Organisationen. Auch die Potenziale von informellen Institutionen oder Koalitionen der Willigen als „Norm-Unternehmer“ beurteilten die TeilnehmerInnen des Experten-Workshops eher skeptisch.

Kann eine kleine Gruppe von Stakeholdern einen Unterschied machen?

Vertiefend mit den Potenzialen sogenannter „transformativer Allianzen“ setzte sich die sef: 2015 in

einem Workshop anlässlich der ersten *Bonn Conference for Global Transformation*, ausgerichtet von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Land Nordrhein-Westfalen, auseinander. Ausgehend von erfolgreichen Beispielen wie der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof (*Coalition for the International Criminal Court – CICC*) wurde diskutiert, welche Potenziale kleinere zielgerichtete Allianzen für substanzielle transformative Veränderungen haben und welche Voraussetzungen für ihren Erfolg entscheidend sind.

Potenziale sahen die DiskutantInnen vor allem darin, dass solche Allianzen neuen Schwung in offizielle multilaterale Verhandlungen bringen und *Win-win*-Situationen aufzeigen können, dass sie die Ambitionen unter ihren – auch staatlichen – Mitgliedern höher schrauben und Strahlkraft auch für Nicht-Mitglieder entfalten können. Erfolgsentscheidend sei ein gemeinsames Ziel, während die Beweggründe durchaus unterschiedlich sein könnten, wie etwa am Beispiel „Klimawandel“ deutlich wurde. So war eine breit angelegte philippinische Kampagne für ein Gesetz zu erneuerbaren Energien deshalb erfolgreich, weil die Gewerkschaften mit dem Argument der Arbeitsbedingungen, religiöse Gruppen mit ethischen Argumenten (Erhalt der Schöpfung) und die Industrie mit dem Thema Energiesicherheit gewonnen werden konnten. Eine Begrenzung auf das Argument Klimawandel hätte diese Stakeholder kaum erreicht. Aus der Perspektive der Entwicklungsländer seien zudem Plattformen, die praktische Kooperationen und Synergien zwischen den Mitgliedern befördern, reizvoll. Auch müsse der Norden gerade im Bereich der Umweltveränderungen mit gutem Beispiel vorangehen und das, was er predigt, auch praktizieren, so ein Teilnehmer aus den Philippinen.

Perspektiven für die Weltgesellschaft. Globale Trends 2015

Der seit den 1990er Jahren praktizierte „kooperative Multilateralismus“ ist gegenwärtig einem starken Wandel unterworfen, nicht zuletzt durch den Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte. Gleichzeitig scheint die Welt durch ein Wiederaufleben geopolitischer Konflikte und das Erstarken terroristischer Bewegungen zunehmend „unfriedlicher“ zu werden. Wie sind diese Entwicklungen vor dem Hintergrund langfristiger Trends zu sehen, und welche Handlungsperspektiven lassen sich aufzeigen?

Diesen Fragen widmen sich die *Globalen Trends 2015*. Gemeinsam mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) setzte die sef: 2015 die seit 1991 existierende Reihe zur Analyse aktueller Trends in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Weltgesellschaft sowie Weltwirtschaft und Nachhaltigkeit fort. Mit dem Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global

Globale Trends 2015

Perspektiven für die Weltgesellschaft



Stiftung Entwicklung und Frieden
Institut für Entwicklung und Frieden
Käte Hamburger Kolleg /
Centre for Global Cooperation Research



Cooperation Research (KHK/GCR21), einem interdisziplinären Zentrum für globale Kooperationsforschung der Universität Duisburg-Essen, konnte zudem ein weiterer institutioneller Mitherausgeber gewonnen werden.

In ihrem einführenden Beitrag kommen die HerausgeberInnen zu dem Ergebnis, dass anstelle einer am Prinzip der Vorsorge und Krisenprävention orientierten Politik der Eindruck einer zunehmenden Verantwortungslosigkeit, befördert durch eine „Verantwortungsdiffusion“ unter staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren überwiegt. Es stellt sich die Frage nach der



Präsentation der Globalen Trends 2015 in Berlin: Thomas Bagger, Claudia Lücking-Michel, Ulrike Guérot, Harald Welzer, Tobias Debiel (v.l.n.r.)

gegenwärtigen Bereitschaft der Staaten, Verantwortung für globale öffentliche Güter zu übernehmen. Das zähe Ringen um kleinste Fortschritte im Vorfeld der – schließlich erfolgreichen – Pariser Klimaverhandlungen hat hier ebenso Zweifel aufkommen lassen, wie die schwierigen und von Rückschlägen und Fragmentierung geprägten Versuche einer weiteren Ausgestaltung der Welthandelsordnung. Auch die verzögerte internationale Antwort auf die Ebola-Epidemie in Westafrika im Jahr 2014 hat die Herausforderungen globaler Kooperation verdeutlicht.

Von der konfrontativen Multipolarität zur gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung?

Welche Perspektiven lassen sich angesichts dieser Diagnose in den Beiträgen der *Globalen Trends 2015* erkennen? Viele der aktuellen Blockaden, die die Lösung globaler Fragen verhindern, sind auf die Auswirkungen einer neuen konfrontativen Multipolarität zurückzuführen. Insbesondere die aufstrebenden Mächte Brasilien, Indien und China können in vielen internationalen Institutionen und Verhandlungsprozessen als Veto-Spieler agieren, weil ihre Zustimmung notwendig ist, um Veränderungen herbeizuführen. Jenseits ihrer Zustimmung ist oftmals aber auch eine aktive Unterstützung für eine wirkungsvolle Umsetzung erforderlich. Das in der Rio-Erklärung 1992 verabschiedete Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zeigt paradigmatisch,

wie eine Lösung aussehen könnte: Unterschiede werden anerkannt, Ziel ist es jedoch, einen normativen Grundkonsens darüber zu erreichen, auf welchen Kriterien die Zuweisung unterschiedlicher Verantwortlichkeiten beruht.

Die „neue Unübersichtlichkeit“ der globalen Politikgestaltung bringt es mit sich, dass internationale „Mammutabkommen“ zurzeit wenig realistisch sind. Neue Formen der öffentlichen, privaten und privat-öffentlichen Regulierung sind zwar entstanden, wirken aber nur punktuell. Die Herausforderung besteht darin, im Rahmen kooperativer Governance-Ansätze Regeln für alle Beteiligten zu entwickeln, die zu Sicherheit sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der planetaren Grenzen führen. Bestenfalls könnte daraus längerfristig eine fairere Weltordnung hervorgehen, in der durch *patchwork governance*, ergänzt um übergreifende koordinierende Foren, die Interessen einer deutlich höheren Zahl an Ländern und gesellschaftlichen Gruppen Gehör finden und umgekehrt die Verantwortung für das globale Gemeinwohl auf eine breitere Basis gestellt wird.

Die AutorInnen der Globalen Trends analysieren in ihren Beiträgen solche Ansätze u.a. in den Themenfeldern Weltfriedensordnung, Rüstungskontrolle, Post-2015-Agenda, die Bedeutung des Lokalen, Welt-handel, globale Energiemärkte, nachhaltiger Kosum oder menschenwürdige Arbeit.

Global Governance Spotlight 6|2015

BRICS. Realistische Alternative für globale Reformen?

Herbert Wulf



Das Gipfeltreffen der fünf BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) am 8./9. Juli 2015 im russischen Ufa fand im Westen, anders als frühere Gipfel, kaum Beachtung. Haben die BRICS-Länder an Bedeutung verloren oder wird ihr politisches und weltwirtschaftliches Gewicht unterschätzt? Mit dieser Frage befasst sich Prof. Dr. Herbert Wulf im Global Governance Spotlight 6|2015. Er macht die Haupttriebkraft der BRICS in ihrer gemeinsamen Kritik an überholten globalen Machtstrukturen aus und empfiehlt dem Westen dringend, ihre Aktivitäten ernst zu nehmen und gemeinsam auf eine neue Balance in der globalen Ordnung hinzuarbeiten. Während die wirtschaftliche Bedeutung der Gruppe außer Frage steht, sieht Wulf bei den BRICS Nachholbedarf vor allem im Bereich Sicherheit und Frieden.

Programmbereich II: Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung

Die Umsetzung der SDGs – Bund, Länder und Kommunen im Blick

Im September 2015 hat die UN-Generalversammlung im Rahmen der Agenda 2030 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) verabschiedet. Die Agenda 2030 umfasst mit 17 Zielen und 169 Unterzielen erstmals neben klassischen entwicklungspolitischen Bereichen u.a. auch die Themen Wasser, Energie, Biodiversität und friedliche inklusive Gesellschaften. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern, den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs), gelten die SDGs für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen. Zugleich wird nicht nur ein Zielkatalog formuliert; die Agenda 2030 befasst sich auch mit Mitteln zur Umsetzung sowie Maßnahmen zu deren Überprüfung.

Welche Chancen und Herausforderungen die Umsetzung und Überprüfung der SDGs für die verschiedenen Politikebenen in Deutschland mit sich bringen, war Gegenstand mehrerer Veranstaltungen der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) im Jahr



Bonn Symposium 2015: Habraham Shamumoyo, Patrick Leusch, Monika Zimmermann und Kgosientso Ramokgopa (v.l.n.r.)

2015. Das Bonn Symposium setzte sich unter dem Titel „Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung lokal umsetzen – Strategien und Instrumente“ intensiv mit der Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene und dem möglichen Beitrag von Nachhaltigkeitsstrategien auseinander.

Claudia Roth, Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, unterstrich in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung der SDGs für Deutschland: Unser Fleischkonsum, unsere Wegwerfmentalität, unsere Subventionspolitik für fossile Brennstoffe – all dies mache Deutschland selbst zu einem Entwicklungsland in Sachen Nachhaltigkeit. Zusätzlich stünden Handels-,

Finanz- oder Fischereipolitik leider oft konträr zum Nachhaltigkeitsstreben Deutschlands.

Nachhaltigkeitsstrategien als wichtiges Instrument

Ein Instrument zur Bündelung dieser Themen und zur Umsetzung der Agenda 2030 auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist die Entwicklung individueller Nachhaltigkeitsstrategien. Die Fortschreibung der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie bis zum Herbst 2016 wird sich beispielsweise konkret an den 17 SDGs ausrichten. Dabei wird es vor allem wichtig sein, den lange vorherrschenden Fokus auf die Binnenpolitik besser mit internationalen Verpflichtungen und Vereinbarungen zu verknüpfen. Gleichzeitig sollen neben den an den SDG-Verhandlungen federführend beteiligten Ministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Umwelt (BMU) nun auch die anderen Ressorts an der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie mitwirken, um die vielfältigen Aspekte der SDGs in der Umsetzung miteinander zu verzahnen.

Auch die meisten deutschen Bundesländer verfügten zum Zeitpunkt des Bonn Symposiums im November 2015 bereits über eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie oder entwickelten diese gerade. Zu letzterer Gruppe zählt auch Nordrhein-Westfalen, dessen Landesregierung Ende September 2015 den "Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW" verabschiedet hatte. Neben Themen des Klima- und Umweltschutzes wird in der Strategie auch großer Wert auf „sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe“ gelegt, berichte Dr. Marc-Oliver Pahl, dem die Koordination für das Projekt in Nordrhein-Westfalen obliegt. Zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wurden in vielen Bundesländern zahlreiche unterschiedliche Interessengruppen befragt. Dies sei wichtig, um die Identifizierung der Bürger mit den Umsetzungsstrategien zu stärken; gleichzeitig könne so häufig bewusst gemacht werden, wie alltäglich bedeutsam viele der Themen der Agenda 2030 sind.

Lösungsansätze für Kommunen

Denn letztlich entscheiden sich die Umsetzung der Agenda 2030 und die Übernahme nachhaltiger Lebens-, Produktions- und Konsummuster nicht auf dem Papier, sondern in den Städten und Gemeinden, in denen die Menschen leben und arbeiten. Auch wenn für viele Kommunen die Umsetzung der SDGs und das Erarbeiten kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien enorme Herausforderung sind, sind viele Themen der Agenda 2030 schon lange auf der lokalen Ebene angekommen. „Der Zusammenhang zwischen der Lösung der globalen Herausforderungen der Menschheit und praktischer Politik ist in

sehr vielen Kommunen schon Teil ihrer DNA", fasste dies der nordrhein-westfälische Staatssekretär Marc Jan Eumann zusammen.

Eine der größten Herausforderungen für Kommunen ist sicherlich die Fülle an Zielen und Unterzielen, die angegangen und letztlich umgesetzt werden müssen. Monika Zimmermann, stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI – *Local Governments for Sustainability*, mahnte jedoch zu einem gesunden Pragmatismus: Keine Kommune könne in allen Bereichen zu den Vorreitern zählen und alle 17 SDGs gleichzeitig umsetzen. Ein Lösungsweg zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf der lokalen Ebene könnte sein, auf Basis des konkreten Bedarfs vor



Bonn Symposium 2015: Keynote von Claudia Roth

Ort, der vorhandenen Mittel und der anstehenden Herausforderungen zu überlegen, wie genau sich die jeweilige Kommune strategisch weiterentwickeln wolle. Zudem sei es wichtig, dass sich einzelne lokale Politiker das Thema zu Eigen machten. Denn ohne *Leadership* sei Nachhaltigkeit nicht realisierbar. Auch Preisverleihungen für besonders engagierte Kommunen könnten für ein breites *Commitment* und die Identifizierung mit den Zielsetzungen der Kommune sorgen.

Es wurde vielfach kritisiert, dass der lokalen Ebene zwar eine enorme Verantwortung für die Umsetzung der SDGs übertragen wird, dafür jedoch keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Da die Umsetzung der SDGs ohnehin nur schwierig allein aus öffentlichen Mitteln finanziert werden könne, sei es notwendig, alternative Finanzierungsmechanismen, z.B. durch Einbeziehen der Privatwirtschaft oder neue Systeme der Mischfinanzierung von öffentlichen und privaten Geldern, zu etablieren. Kommunen sollten Nachhaltigkeit als Anreiz und Kapitalanlage zugleich für Unternehmen verstehen und bewerben.

Die Umsetzung der SDGs in Sachsen

Bei einer Dialogveranstaltung zwischen Mitgliedern des sef: Beirats und sächsischen Landtagsabgeordneten stand die Bedeutung der Agenda 2030 im sef: Stifterland Sachsen im Zentrum. Auch in dieser Diskussion zeigte sich, wie eng verbunden die auf internationaler Ebene beschlossenen Nachhaltigkeitsziele mit den ganz konkreten Herausforderungen vor Ort verknüpft sind. Denn in Sachsen stehen vor allem die Themen Energie, Biodiversität und Landverbrauch in der Nachhaltigkeitsdebatte hoch auf der Agenda – alles Themen, die ganz direkte globale Auswirkungen haben. Nicht nur in diesen, sondern auch in Belangen wie dem Flächenverbrauch oder der ökologischen Landwirtschaft sei das Land jedoch weit entfernt von einer globalen Vorreiterrolle, wie mehrere Landtagsabgeordnete bemängelten.

In der Landespolitik sei es zudem häufig schwierig, für Nachhaltigkeitspolitik zu sensibilisieren, wurde vielfach kritisiert. Solange keine direkte persönliche Betroffenheit gegeben sei, werde selten Verständnis für ein Handeln in einem übergeordneten globalen Zusammenhang aufgebracht, so ein weiterer Kritikpunkt. Dr. Marianne Beisheim von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) appellierte an die Mitglieder des Landtags, dass es wichtig sei, Lösungen zu den konkreten Herausforderungen der Bundesländer zu erarbeiten, die an die Lebenswirklichkeiten vor Ort anknüpften. Bei der Überarbeitung

Global Governance Spotlight 5|2015

Follow-up und Review der Post-2015-Agenda. Steilvorlage für eine effektive Umsetzung der SDGs?

Marianne Beisheim



Die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen besteht aus vier Teilen: der politischen Erklärung (*Declaration*), den Zielen nachhaltiger Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs), den Mitteln zur Umsetzung derselben (*Means of Implementation*, MoI) und dem Verfahren, wie eben diese Umsetzung nachvollzogen und überprüft werden soll (*Follow-up and Review*). Im Mai 2015 wurde der vierte Teil der Agenda diskutiert, der in Form des Erstentwurfs des Abschlussdokuments (der sogenannte *Zero Draft*) im Mittelpunkt des Global Governance Spotlight 5|2015 steht. Dr. Marianne Beisheim analysiert, inwieweit die Vorschläge geeignet sein könnten, die Umsetzung der SDGs effektiv zu fördern. Sie macht außerdem deutlich, wo die Herausforderungen liegen, für die bis zum Gipfel im September 2015 noch Lösungen gefunden werden mussten.

der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie sei es – wie in anderen Bundesländern auch – außerdem wichtig, den Austausch nicht nur mit Umweltgruppen, sondern auch mit entwicklungspolitischen Gruppen, Sozialverbänden etc. zu suchen.

Der Beitrag regionaler Partnerschaften zu den SDGs

Der jährliche Workshop für entwicklungspolitische ExpertInnen der Bundesländer der sef: beschäftigte sich unter dem Titel „Regionale Partnerschaften mit dem Globalen Süden – Erfolgsbedingungen und Herausforderungen“ zusätzlich damit, welchen Beitrag regionale Partnerschaften der Bundesländer mit dem Süden zur Umsetzung der Agenda 2030 leisten können.

Partnerschaften mit Ländern, Regionen und Kommunen des Globalen Südens sind seit vielen Jahren ein wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung im Februar 2015 gab es in den Bundesländern über 20 offizielle Partnerschaften mit Ländern, Regionen, Provinzen und Städten des globalen Südens, die viele Ziele und Inhalte teilen, sich aber häufig in ihren Maßnahmen und vorhandenen Ressourcen unterscheiden.

Regionale Partnerschaften können erfolgreich zur Umsetzung der SDGs beitragen, wenn sie in einem breiten Bündnis von Ländern, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie zusammen mit Partnern in Wissenschaft und Wirtschaft mit Leben gefüllt werden. Ein Ergebnis des Workshops war, dass es in vielen

Bundesländern jedoch bislang an Querverbindungen zwischen den Akteuren, die Projekte unter dem Dach einer Partnerschaft durchführen, mangelt. Es scheint deshalb, als würden die Potenziale von Partnerschaften häufig nicht ausgeschöpft.

Um diese zu nutzen, wurde vor allem vorgeschlagen, die Vernetzung von Projekten und Akteuren innerhalb der Partnerschaften von Bundesländern voranzutreiben. Außerdem wurde festgehalten, dass es ausgesprochen wichtig ist, auch kleine Projekte (wie Schul- oder kirchliche Partnerschaften) in einen größeren politischen Rahmen, wie die Umsetzung der SDGs, einzubetten. Häufig werde den Akteuren auf lokaler Ebene, die ihre Projekte mit Herzblut vorantreiben, erst dadurch deutlich, wie unvermittelt ihr Beitrag mit der Umsetzung internationaler Politik im Zusammenhang steht.

Die Bedeutung der SDGs für die Stadt Tshwane

Interview mit
Mercedes Mathebula
November 2015

**Nachhaltigkeitsspezialistin,
Tshwane**

**Was erwarten Sie von der
Agenda 2030 für die Stadt
Tshwane?**



Ich denke, es ist wichtig für uns zu realisieren, dass die SDGs eigentlich nur eine Weiterführung dessen sind, was wir in südafrikanischen Städten schon lange tun. Südafrikanische Städte haben auch schon eine entscheidende Rolle in der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele gespielt. Wenn wir uns nun hin zu mehr Nachhaltigkeit bewegen, ist es vor allem wichtig, dass wir inklusiver werden und auf Gemeindeebene mehr Partner in unsere Arbeit einbeziehen. Der nationale Entwicklungsplan in Südafrika konzentriert sich vor allem auf die Eindämmung bzw. Verbesserung von Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut. Auch diese Ziele müssen wir bei der Umsetzung der SDGs berücksichtigen, um die Bedürfnisse der Gemeinschaften in unseren Städten zu erfüllen.

Was macht eine Stadt lebenswert?

Eine gute Stadt ist eine Stadt, die klare Strategien hat; eine Stadt, die eine Vision hat, die sie den Bürgern erklärt und diese in deren Umsetzung einbezieht. Es ist wichtig eine aktive Bürgerschaft zu fördern, die versteht, wo sich die Stadt hinbewegen möchte, die sich mit den Plänen der Stadt identifiziert und daran mitwirkt, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Foreign Voices 4|2015

Implementing the Sustainable Development Goals – The Municipalities' Roles and Responsibilities

Esther Ofei-Aboagye

Die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) in den vergangenen 15 Jahren hat deutlich gezeigt, dass sich Erfolge ohne die Einbeziehung der lokalen Ebene nur sehr schwer einstellen. Zwar wurde einiges unternommen, um die Akteure vor Ort zu stärken – aber nicht genug. Mit der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen diese Bemühungen entsprechend verstärkt werden. In der Ausgabe 4|2015 der Foreign Voices gibt die Autorin Esther Ofei-Aboagye, stellvertretende Vorsitzende der *National Development Planning Commission* in Accra (Ghana), Empfehlungen, wie dies gelingen kann.



Nachhaltige Entwicklung. Welche Verantwortung hat die Wirtschaft?

Kaum ein internationales Dokument zum Thema nachhaltige Entwicklung verzichtet heute noch darauf, der Privatwirtschaft eine wesentliche Rolle zuzuschreiben. Gerade mit Blick auf die Finanzierung



Annette Riedel, Jean Saldanha, Viwanou Gnassounou, Àngela Corbalán, Hubert Perr, Sven Giegold (v.l.n.r.)

ist es sehr *en vogue*, auf die Wirtschaft zu setzen – von der Entwicklungsfinanzierung im engeren Sinne über die Klimafinanzierung bis hin zur Finanzierung humanitärer Hilfe. Doch nimmt die Wirtschaft ihre Verantwortung auch wahr, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit – vor allem soziale und ökologische – im eigenen Handeln umzusetzen? Und sollte die Staatenwelt, bevor sie auf zusätzliche private Mittel setzt, nicht zunächst dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Steuern bezahlen?

Diesen Fragen widmete sich die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) 2015 bei zwei Veranstaltungen in Brüssel. Im Vorfeld der Dritten Internationalen Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli 2015 diskutierte eine ausgewiesene Expertenrunde bei einem sef: Policy Lunch in der NRW-Landesvertretung unter Beteiligung des sef: Kuratoriumsmitglieds Sven Giegold MdEP über die Besteuerung multinationaler Unternehmen. Steuern sind ein Schlüsselement für die Mobilisierung der von Entwicklungsländern geforderten Mobilisierung heimischer Ressourcen. Effiziente Steuersysteme sind dabei ein zentraler Faktor. Nationale Systeme alleine sind aber nicht ausreichend, solange es unzureichende globale Steuerstandards multinationalen Unternehmen ermöglichen, ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer oder gar steuerfreie Zonen auszulagern.

Steuerflucht muss global angegangen werden

Einigkeit bestand denn auch darüber, dass eine globale Strategie zur Bekämpfung von Steuerflucht erforderlich ist – auch im Interesse der reicheren Länder, denen ebenfalls substanzielle Einnahmen

entgehen. Mit dem *Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) Action Plan* von G20 und OECD ist eine solche Strategie bereits recht weit fortgeschritten. Während alle DiskussionsteilnehmerInnen diese Bemühungen grundsätzlich begrüßten, zeigten sich entscheidende Meinungsverschiedenheiten darin, ob die OECD auch das Forum für künftige Verhandlungen sein sollte. Oder sollten die weiteren Aushandlungen im Rahmen eines intergouvernementalen Gremiums unter dem Dach der UN stattfinden, das dann auch offen für alle Staaten wäre? Die Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes beim sef: Policy Lunch glaubten nicht an den Erfolg eines solchen Gremiums. Eine Mitarbeit an einem internationalen Steuerabkommen sollte nach ihrer Auffassung nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Nur so könnten die willigen Staaten ein starkes Abkommen erzielen; im Rahmen eines für alle offenen UN-Prozesses wäre hingegen nur ein schwaches Übereinkommen im Konsens zu erwarten, da nicht an einer Lösung interessierte Staaten den Prozess unterlaufen würden.

Beteiligungshürden für Entwicklungsländer im BEPS-Prozess hoch

Andere DiskussionsteilnehmerInnen kritisierten den BEPS-Prozess als zu exklusiv. Nur zehn Entwicklungsländer waren von der OECD zu einer Teilnahme an den Treffen eingeladen worden; und dies auch erst in der Schlussphase. Zudem zielt der *BEPS Action Plan* hauptsächlich auf Aspekte, die für die Industrieländer von hoher Relevanz sind. Zentrale Themen für viele ärmere Länder wie etwa die

Global Governance Spotlight 2|2015

Meilenstein für mehr globale Steuergerechtigkeit? Die 3. Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung

Wolfgang Oberland



Über Jahrzehnte war Entwicklungspolitik von der Vorstellung geprägt, den armen Ländern des globalen Südens müsse mit Geld aus dem reichen Norden in ihrer Entwicklung geholfen werden. Spätestens seit den Finanz- und folgenden Staatsverschuldungskrisen 2008/09 scheint sich dieses Verständnis zu wandeln. Im Global Governance Spotlight 2|2015 analysiert Wolfgang Oberland, Programmkoordinator des Global Policy Forum, die Verhandlungen um den Abschlusstext der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die vom 13.-17. Juli 2015 in Addis Abeba stattfand, und teilt seine Einschätzung hinsichtlich ihrer Fortschrittlichkeit.

Besteuerung extraktiver Industrien oder von Dienstleistungen sind nicht Teil der Agenda. Stark kritisiert wurde auch die Vereinbarung zum automatischen gegenseitigen Informationsaustausch. Da diese auf Reziprozität beruht, schließe sie viele Länder aus, die gegenwärtig noch nicht in der Lage seien, Daten in der erforderlichen Qualität zu liefern. Sie würden im Umkehrschluss auch keine Informationen erhalten. Hier wäre ein schrittweises Verfahren zielführender.

Textilindustrie als Sinnbild für globale Ausbeutung

Mit der Verantwortung der Textilindustrie befasste sich ein sef: Policy Briefing im Herbst 2015, das in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstmals in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel stattfand. Die Textilindustrie war lange Zeit Sinnbild für soziale Ausbeutung und Umweltprobleme entlang globaler Liefer- und

en und diese komplementär ergänzen möchte, so der Vertreter der Generaldirektion für Entwicklung und Zusammenarbeit bei der Europäischen Kommission beim sef: Policy Briefing.

Armutsbekämpfung als Schlüssel für bessere Arbeitsbedingungen

Sowohl seitens der Unternehmen wie auch der Zivilgesellschaft werden diese Initiativen grundsätzlich begrüßt. Allerdings zeigen sich deutliche Differenzen hinsichtlich der Notwendigkeit verpflichtender gesetzlicher Vorgaben vs. freiwilliger Vereinbarungen. Gerade für Unternehmen, die nicht zu freiwilligem Handeln bereit seien, seien entsprechende Gesetze notwendig, betonte etwa die Vertreterin von CIDSE, dem Zusammenschluss katholischer Entwicklungsorganisationen, der die Veranstaltungen der sef: in Brüssel als lokaler Kooperationspartner unterstützt. Aus der Perspektive von H&M wäre eine bessere Ausbildung der Mitarbeitenden und der Fabrikmanager viel effektiver als weitere Kontrollen. Ein Vertreter Bangladeschs wiederum betonte, dass die Unternehmen die Armut der Bevölkerung ausnutzen würden. Eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung könnte auch die Situation in der globalen Textilindustrie verbessern.



Arne Lietz, Dorothee Starck, Bernhard Felmberg, Tapan Kanti Ghosh, Gerd Harms, Denise Auclair, Klaus Rudischhauser, Elin Åström (v.l.n.r.)

Produktionsketten. Nichtregierungsorganisationen prangerten die teils desolaten Zustände in den produzierenden Ländern immer wieder an, meist ohne große Resonanz. Der Einsturz des Rana Plaza Gebäudes in Bangladesch mit mehr als 1.000 Toten und über 2.000 Verletzten im Jahr 2013 wirkte jedoch als Weckruf. Seither häufen sich die Initiativen auf nationaler wie internationaler Ebene und auch in der Privatwirtschaft, um die Situation dauerhaft zu verbessern.

Die prominenteste dieser Initiativen in Deutschland ist das vom BMZ 2014 initiierte Bündnis für nachhaltige Textilien – eine Multistakeholder-Initiative, der inzwischen an die 170 Unternehmen und Organisationen angehören. Ein Aktionsplan gibt Standards vor, die von den mitwirkenden Unternehmen schrittweise umgesetzt werden sollen. Das BMZ strebt eine internationale Verankerung der Initiative über Partnerschaften mit anderen Ländern und internationalen Organisationen an. Die EU wiederum plant für 2016 eine eigene Initiative, die auf bestehenden Initiativen wie dem deutschen Textilbündnis aufbau-

Global Governance Spotlight 3|2015

Die G7-CONNEX-Initiative. Erfüllt sie ihren Zweck?

Myriam Carius/
Opemiposi Adegbulu



Die G7-CONNEX-Initiative stand beim G7-Gipfel im Juni 2015 in Schloss Elmau mit auf der Tagesordnung.

Sie wurde im Juni 2014 ins Leben gerufen, um rohstoffreiche Entwicklungsländer bei komplexen Vertragsverhandlungen, insbesondere im Rohstoffsektor, zu unterstützen. Dabei soll ein geeignetes, förderliches Umfeld geschaffen werden, um Ressourcen aus dem Rohstoffsektor dafür zu nutzen, einen erheblichen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Im Global Governance Spotlight 3|2015 betrachten Myriam Carius und Opemiposi Adegbulu die Initiative aus der Sicht rohstoffreicher Entwicklungsländer. Sie analysieren, ob die Initiative tatsächlich einen Mehrwert zu den bereits existierenden Mechanismen für die Aushandlung komplexer Verträge schafft und geben Empfehlungen, auf welche Weise die G7-Staaten aktive, nachhaltige Unterstützung für rohstoffreiche Länder im Hinblick auf komplexe Investitionsverträge bieten könnten.

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Der weltweiten Flüchtlingssituation gerecht werden

„Die internationale Gemeinschaft bekennt sich zu ihrer Verantwortung“, lauten Abschlussdokumente zahlreicher politischer Gipfeltreffen. „Die internationale Gemeinschaft muss endlich Verantwortung übernehmen“, titeln hingegen Zeitungen weltweit. Doch was umfasst die internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten genau? Welche Hilfsleistungen und politischen Maßnahmen sind erforderlich, wer kann sie erbringen? Welche Regionen und Staaten haben eine besondere Verantwortung? Diese Fragen mussten sich angesichts zahlreicher Notsituationen im Jahr 2015 nicht nur Politik und Medien stellen. Auch die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) diskutierte dies im Jahr 2015 gleich bei mehreren Veranstaltungen.

Mangelnde Solidarität im Syrienkonflikt

Wie die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung in Flüchtlingssituationen in den Bereichen Prävention, regionale Stabilität und Friedensarbeit gerecht werden kann, stand im Vordergrund des Berliner Sommerdialogs. Viele Herausforderungen, aber auch Lösungsmöglichkeiten wurden exemplarisch am Beispiel des Syrien-Konflikts diskutiert. Dieser dauerte im Sommer 2015 bereits vier Jahre an; ca. 20



Berliner Sommerdialog 2015: Plenum

Millionen Menschen in der Region waren zu diesem Zeitpunkt betroffen. Dass die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf das anhaltende Leid und die Flucht von Millionen Menschen nicht angemessen ist, machte Amin Awad, Direktor und Regionaler Flüchtlingskoordinator für den Nahen Osten und Nordafrika beim Hohen Flüchtlingskommissar der UN (UNHCR), deutlich. Außergewöhnliche Solidarität hätten bislang hauptsächlich die Nachbarländer, v.a. die Türkei, der Libanon und Jordanien, aber auch der Irak und Ägypten gezeigt.

Ein Element, das die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft in Flüchtlingssituationen umfasst, ist selbstverständlich die verlässliche Zusage finanzieller Unterstützung. Dabei sollten sich jedoch nicht nur die „klassische“ humanitäre und die Entwicklungs-Community angesprochen fühlen, denn „der westliche Geberclub wird die humanitären Probleme der Welt nicht lösen können“, wie Johannes Luchner von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission (DG ECHO) einräumte. Auch Banken, Unternehmen und andere Partner müssten in die Generierung finanzieller Ressourcen einbezogen werden.

Unterstützung von Nachbarländern und Aufnahmegemeinden

Unabdinglich ist es, dass die internationale Gemeinschaft die von Fluchtbewegungen betroffenen Nachbarländer in Krisenregionen unterstützt. Wie auch im Syrien-Konflikt tragen diese zumeist die Hauptlast, sodass aufnehmende Gemeinden an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen. Darüber hinaus fühlt sich die lokale Bevölkerung durch die nationale und internationale Unterstützung für die Flüchtlinge, die diesen z.B. den Zugang zum Gesundheits- oder Bildungssystem ermöglicht, nicht selten unfair behandelt oder gar im Stich gelassen.

Dr. Ramy Lakkis von der *Lebanese Organisation for Studies and Training (LOST)* gab einen Einblick in die Spannungen im Libanon, in dem Flüchtlinge im Sommer 2015 20% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Als Konsequenz werde syrischen Flüchtlingen „die Schuld für alle möglichen Vorfälle in den Gemeinden gegeben“, so Lakkis. Dabei seien die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen in der Realität keinesfalls nur auf den hohen Zustrom an Flüchtlingen zurückzuführen. Er persönlich gebe vielmehr auch den Interventionen und Prozessen, die auf politischer Ebene entschieden werden, die Schuld. Denn lokale Gemeinden würden häufig nicht ausreichend in die Planung der an Flüchtlinge gerichteten Projekte einbezogen. Sie sollten jedoch keinesfalls nur das Geld internationaler Organisationen ausgeben und deren Pläne umsetzen; sie sollten auch Projekte initiieren und gestalten: „Sie kosten weniger, sind strategisch besser aufgestellt und können Prozesse besser umsetzen, weil sie wissen, was in den Gemeinden passiert“, fasste Lakkis zusammen.

Zudem müsse die internationale Gemeinschaft Flüchtlinge weniger als Opfer und mehr als handelnde Akteure betrachten. Häufig würde auch außer Acht gelassen, dass Flüchtlinge nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Grundbedürfnisse haben: Hilfsprojekte müssten ihnen ermöglichen, die Kontrolle über ihr Leben (wieder) zu erlangen. Würden

immaterielle Grundbedürfnisse erfüllt, eröffne dies auf der positiven Seite Möglichkeiten für eine bessere soziale Integration, betonte vor allem Gudrun Kramer von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Als eine Möglichkeit ein Umdenken zu erreichen, wurde eine Neudefinition von Gemeinden vorgeschlagen: Sie sollten als „gemischte Gemeinden“ betrachtet werden, die ihre Ressourcen miteinander teilen und nicht als rivalisierende Gruppen, für die unterschiedliche Politikansätze notwendig sind.

Das Potenzial von Flüchtlingen erkennen

Dr. Friedrich Kitschelt, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Politik das große Potenzial von Flüchtlingen erkennen müsse: „Sie sind hochmobil, motiviert und bereit, Risiken einzugehen – Attribute, die sich sonst in Stellenanzeigen für Managerpositionen finden lassen.“ Aufnehmende Staaten sollten deshalb als Teil ihrer Verantwortung den Zugang von Flüchtlingen zu Bildung und Ausbildung, aber auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. So könnten ihre Fähigkeiten langfristig auch wieder für ihre Herkunftsländer nutzbar gemacht werden.

Denn vor allem rückkehrende Flüchtlinge werden vielfach zu MultiplikatorInnen in ihren Heimatgemeinden, da sie sich verstärkt für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, wie Dr. Amanda Coffie, Research Fellow im *Legon Center for International Affairs and Diplomacy* an der Universität Ghana, berichtete. Ihre Forschung zu zurückgekehrten Flüchtlingen in Liberia belegt, dass RückkehrerInnen konstant und vehement Frieden einfordern, was wiederum die Menschen um sie herum positiv beeinflusst. RückkehrerInnen würden vielfach zu Multiplikatoren von Peacebuilding-Programmen, wenn sie selbst an ähnlichen Programmen in Flüchtlingscamps oder den Gemeinden, in denen sie gelebt hatten, teilgenommen haben; nach ihrer Rückkehr würden sie das so erworbene Wissen an die Menschen weitergeben, die ihre Heimatgemeinde während des Krieges nicht verlassen konnten. Darüber hinaus würden RückkehrerInnen häufig Wahlen eine größere Wertigkeit im Rahmen von Peacebuilding-Prozessen geben, da sie sich als Freiwillige engagieren, NGOs gründen und Druck auf die Regierung ausüben. Coffie zeigte sich überzeugt, dass „Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, ihre Erfahrungen zu schätzen wissen sollten.“ Aufnehmende Staaten sollten deshalb mehr Informationen über den positiven Einfluss von Flüchtlingen und Asylsuchenden erhalten, fügte sie hinzu.

Die Rolle Deutschlands und der EU

Ein Streitgespräch anlässlich des Erscheinens der *Globalen Trends* mit dem provokanten Titel „Verantwortung(slosigkeit) in der internationalen Politik“ stellte ebenfalls bereits im Sommer 2015

zusätzlich die Rolle Deutschlands und der EU in den Mittelpunkt. Rund 137.000 Menschen waren nach UN-Angaben in der ersten Jahreshälfte 2015 über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Fast 1.900 fanden bei der Überfahrt den Tod. Diese dramatischen Zahlen belegen, dass die Verantwortungsfrage nicht rein analytisch zu betrachten ist, sondern auch Deutschland und die EU vor ganz konkrete politische Herausforderungen stellt. Unter den TeilnehmerInnen herrschte deshalb Einigkeit, dass sich die EU auf einen Schlüssel zur Aufteilung von Flüchtlingen einigen müsse. Die Länder an den EU-Außengrenzen dürften nicht die Hauptlast von Flüchtlingsbewegungen tragen. Aufgrund seiner historischen Verantwortung müsse Deutschland in der Flüchtlingsfrage eine besondere Rolle einnehmen.

Auch wenn die Aufnahme von Flüchtlingen grundsätzlich kein gutes Verkaufsargument für Wahlen ist, sei das Verständnis vieler Bürger für die Notwendigkeit zu handeln hoch, wie Prof. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), positiv hervorhob. Es sei deshalb Aufgabe der Politik ehrlich zu vermitteln, dass viele der Geflüchteten in Deutschland bleiben würden. Für Prof. Dr. Harald Welzer, Direktor der Stiftung FuturZwei, müssten Länder wie Deutschland darüber hinaus dringend die eigene Interventionspolitik und den eigenen Ressourcenverbrauch sowie deren Beitrag zu internationalen Krisen und Konflikten kritisch zu hinterfragen. Nur so könnten entwickelte Länder ihrer Verantwortung in der internationalen Politik im Allgemeinen und in Flüchtlingsituationen im Besonderen tatsächlich gerecht werden.

Global Governance Spotlight 8|2015

Das Valletta-Dilemma. Warum afrikanische Migrations-Governance im Mittelpunkt stehen sollte

Mehari Taddele Maru



Angesichts der ansteigenden Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa hatte die Europäische Union (EU) vom 11.-12. November 2015 einen Migrationsgipfel in Valletta, Malta, einberufen. Die afrikanische Seite wurde eingeladen, an diesem Treffen teilzunehmen.

Im *Global Governance Spotlight 8|2015* erläutert Dr. Mehari Taddele Maru Hintergründe der Migrationspolitik in Afrika. Er identifiziert eine Reihe von Diskrepanzen in der Umsetzung afrikanischer Migrations-Governance und unterstreicht, wie der Gipfel in Valletta die Migrationskrise in eine Chance verwandeln könnte. Zudem spricht er Empfehlungen für eine wirksame Migrations-Governance sowie die Entwicklungs- und Handels-Agenda der EU/AU-Partnerschaft aus.

Spannungen zwischen syrischen Flüchtlingen und libanesischen Aufnahmegemeinden

**Interview mit Ramy Lakkis
Juni 2015**

Direktor der Lebanese Organisation for Studies and Training (LOST), Beirut

Wie würden Sie das derzeitige Verhältnis zwischen libanesischen Aufnahmegemeinden und syrischen Flüchtlingen bezeichnen?



Das Verhältnis war einmal sehr friedvoll und es gab viel Koordinierung und keine Gewalt. Das hat sich aus verschiedenen Gründen geändert. Ein Grund mögen die politischen Spannungen zwischen Libanesen und Syrern sein. Außerdem richtet die humanitäre Hilfe die meisten ihrer Ressourcen nicht auf Probleme zwischen Libanesen und Syrern aus, was noch größere Spannungen zwischen den beiden Gemeinschaften zur Folge hat. Die Auswirkungen der Aufnahme von Flüchtlingen sind riesig. Wir haben im Libanon eine sehr hohe Arbeitslosenquote; die große Anzahl der Syrer, die wir aufgenommen haben, hat zusätzlich einen großen Einfluss auf die Infrastruktur, da sie mit libanesischen Arbeitskräften um die ohnehin rar gesäten Jobs konkurrieren. All dies hat zu einer negativen Wahrnehmung von Syrern geführt.

Der 3RP Regional Refugee & Resilience Plan der Vereinten Nationen hat die Widerstandskraft lokaler Gemeinden und die Teilhabe von Flüchtlingen zum Ziel. Wird genug getan, um die beiden Ziele umzusetzen?

Ich denke, es ist ein guter Ansatz. Aber die Art und Weise, wie der 3RP-Plan umgesetzt wird, ist problematisch. Ich bin besorgt, dass es schon zu spät sein könnte, die Widerstandskraft von Gemeinschaften zu stärken. Die Strukturen der libanesischen Gesellschaft sind noch vorhanden, aber viele Menschen sind frustriert, weil sie noch nie in einen politischen Prozess eingebunden wurden. Die Beteiligung von Syrern in libanesischen Gemeinden zu fördern, wird von den aufnehmenden Gemeinden selbst nicht gutgeheißen. Denn viele Libanesen machen sich Sorge, dass eine zunehmende Partizipation eine langfristige Ansiedlung von Syrern zur Folge hat. Um die Widerstandskraft von Gemeinden tatsächlich zu stärken, müssen lokale NGOs viel mehr in die Planung einbezogen werden.

Wie kann Peacebuilding zwischen Flüchtlingen und Aufnahmegemeinden gelingen?

Peacebuilding ist mehr als ein Wort, es ist ein ganzer Prozess. Zunächst einmal sollten libanesisch

Gemeinden vermehrt an Planungsprozessen beteiligt werden, die auf Versöhnung abzielen. Denn die Zivilgesellschaft ist sehr friedvoll in ihren Ansätzen. Zweitens sollten auch mehr Leute in die Planung der syrisch-libanesischen Beziehungen einbezogen werden. Die Syrer dürfen nicht isoliert werden, denn das ist gefährlich für sie selbst, aber auch für die libanesischen Gemeinden. Ich wünsche mir, dass die internationale Gemeinschaft eine größere Rolle in der Unterstützung von Programmen übernimmt, die den sozialen Zusammenhalt fördern. Denn eine negative Beziehung zwischen Syrern und Libanesen wird jeden Prozess zum Einstürzen bringen. Und dazu darf es nicht kommen.

Die Syrien-Krise ist auch eine Menschenrechtskrise

**Interview mit Irem Somer
Juni 2015**

Association for Solidarity with Refugees (Mülteci-Der), Izmir

Was ist das Hauptproblem im Umgang der Türkei mit der Flüchtlingsfrage?



Die Türkei ist eins von drei Ländern, die bislang am meisten syrische Flüchtlinge aufgenommen haben. Im Moment leben ca. 1,8 Millionen Syrer in der Türkei. Und im Vergleich zum Libanon und Jordanien gelingt es der Türkei ganz gut diese einzugliedern. Dennoch gibt es viele Herausforderungen, vor allem bei der Integration der Syrer. Die Türkei dachte ursprünglich, dass der Konflikt nicht lange anhalten würde, dass die Syrer bald wieder weg sein würden. Deshalb waren lange Zeit alle Politiken nur auf kurze Zeiträume ausgelegt. Man versucht jetzt, Langzeitprojekte zu initiieren, aber seit Beginn des Konflikts sind schon fünf Jahre vergangen. Ich denke, das Hauptproblem ist, dass die Türkei bislang noch nie in einer solchen Lage war und eigentlich selbst Capacity Building braucht.

Mit welcher Kritik wird die türkische Regierung hauptsächlich konfrontiert?

Innerhalb der Türkei gibt es viel Kritik an der Regierung. Es sind viele soziale Konflikte entstanden, weil die türkischen Aufnahmegemeinden dachten, die syrischen Flüchtlinge bekämen mehr Rechte und Dienstleistungen als sie. Die Regierung ist damit nicht gut umgegangen; sie hat nicht ausreichend mit den Aufnahmegemeinden kommuniziert, was wiederum zu Spannungen und Fehlinformationen geführt hat. Das Ergebnis ist, dass viele Hassreden auf die Regierung gehalten werden und die Kriminalitätsrate steigt.

Was kann und sollte die internationale Gemeinschaft tun, um die Türkei in der Flüchtlingsfrage zu entlasten?

Die internationale Gemeinschaft kann viel tun. Das erste ist natürlich finanzielle Unterstützung und die Umsiedlung von Syrern in andere Länder. Aber es gibt auch andere Maßnahmen, z.B. Informationsaustausch und Capacity Building. Es geht in der Flüchtlingsfrage nicht nur um Entwicklung, sondern auch um Integration. Die Syrien-Krise ist nicht nur eine humanitäre Krise. Die Rechte von syrischen und anderen Flüchtlingen in der Türkei werden reihenweise verletzt. Und üblicherweise findet keine Strafverfolgung statt, da sich niemand darum kümmert. Es gibt kaum Stellen, an die sich Flüchtlinge wenden können, deren Rechte verletzt werden. Wir sehen viele gefährdete Gruppen; wir sehen viele Mädchen, die jung verheiratet oder die zweite oder dritte Frau eines Mannes werden. Und sie können sich nicht dagegen wehren, obwohl das natürlich gegen geltendes Recht verstößt. Deshalb ist die Syrien-Krise auch eine rechtliche Krise. Und deshalb sollte die internationale Gemeinschaft Menschenrechtsorganisationen, vor allem auf nationaler Ebene, stärker unterstützen.

Die Syrien-Krise wird unsere Politikergeneration charakterisieren

Interview mit Amin Awad Juni 2015

Direktor und Regionaler Flüchtlingskoordinator des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) für den Nahen Osten und Nordafrika

Wie zeigt sich, dass die internationale Gemeinschaft die Menschen in Syrien im Stich gelassen hat?

Bislang sind 7 Millionen Menschen im Land vertrieben; dazu kommen 4 oder 5 Millionen, die außerhalb des Landes leben – das sind insgesamt 12 Millionen Menschen, die ihre Heimat verloren haben. Weitere 10 Millionen Menschen haben zwar ihr Zuhause nicht verlassen, sind aber natürlich dennoch vom Konflikt beeinflusst, da sie keinen Zugang zum Gesundheits-, Sozial- oder Bildungssystem mehr haben und kein normales Leben mehr leben können. Kinder wurden ihrer Kindheit beraubt. Fachkräfte können ihre Familien und ihre Gemeinschaft nicht mehr versorgen. Die internationale Gemeinschaft muss nun ernsthaft zusammenkommen und den Mut und den Willen haben, eine langfristige politische Lösung zu finden.



Global Governance Spotlight 1|2015

Die Vereinten Nationen und globale Gesundheitskrisen. Lessons learnt aus dem Ebola-Ausbruch

Cornelia Ulbert

Die Ebola-Epidemie in Westafrika markierte mit 24.282 Infektionsfällen und 9.976 Toten zu Jahresbeginn 2015 den bislang schlimmsten Ausbruch dieser Erkrankung. Die schwachen Gesundheitssysteme in den hauptsächlich betroffenen Ländern Guinea, Liberia und Sierra Leone trugen mit dazu bei, dass der Ausbruch sich zu einer Gesundheitskrise entwickeln konnte, aber auch das internationale Krisenreaktionssystem geriet deutlich an seine Grenzen. Die zunächst mangelnde Intensität der Notfallmaßnahmen wurde erst gesteigert, nachdem sich der UN-Sicherheitsrat mit der Ebola-Krise beschäftigt hatte. Das kann jedoch kein Zukunftsmodell für die Bearbeitung von globalen Gesundheitskrisen sein. Es gilt vielmehr, die bestehenden Strukturen, in deren Zentrum die Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht, zu stärken und auszubauen, wie Cornelia Ulbert im Global Governance Spotlight 1|2015 schreibt.



Welche Prioritäten sollte das internationale Engagement in Syrien haben?

Die internationale Gemeinschaft und die großen Wirtschaftsmächte sollten zusammenkommen und für einen Moment ihre Differenzen beiseitelegen. Sie sollten aufhören zu streiten und eine dauerhafte politische Lösung finden. Sie sollten sofort anfangen zu arbeiten, eine Roadmap zu entwerfen und den Wiederaufbau des Landes und der Region detailliert zu planen.

Was passiert, wenn keine politische Lösung gefunden wird?

Wenn keine politische Lösung gefunden wird, wird die Zahl der Vertriebenen weiter steigen. Der Konflikt wird weiter wüten, neben dem Irak und dem Libanon weitere Länder betreffen und letztlich ein globales Sicherheitsproblem werden. Es wird höchst schwierig sein, die humanitäre Katastrophe unter Kontrolle zu bringen. All dies wird die Nachbar-, aber auch die Geberländer einen unglaublichen Preis kosten, der in die Geschichte eingehen wird. Die aktuelle Generation von Politikern wird für immer dadurch charakterisiert sein, dass sie nicht in der Lage war, eine politische Lösung zu finden und die Welt in eine sichere Ordnung zu lenken.

Internationale Verantwortung im Gesundheitssektor – Der Fall Ebola

Ein weiteres Thema, das nicht nur die Tagespolitik, sondern auch die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) im Jahr 2015 beschäftigte, war der Ebola-Ausbruch in Westafrika. Bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen unter dem Titel „Disease Control and Prevention in Africa: Current Reforms to Strengthen Regional Cooperation“ standen die Ursachen der



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2015: Helmuth Markov, Walter Lindner, Gerd Harms, Jongopie Siaka Stevens und Ruediger Krech (v.l.n.r.)

späten Reaktion der internationalen Gemeinschaft, Präventionsstrategien auf regionaler Ebene sowie notwendige Maßnahmen zur Stärkung afrikanischer Gesundheitssysteme im Mittelpunkt. Zum Zeitpunkt der Frühjahrsgespräche galt als eine der größten akuten Herausforderungen, die Infektionsrate auf null zu senken. Parallel mussten aber auch ein Übergang zwischen humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit gefunden und mit dem Aufbau von Institutionen zur Seuchenkontrolle und Prävention begonnen werden.

Der ursprüngliche Ausbruch der Ebola-Epidemie lässt sich auf Dezember 2013 zurückdatieren; er fand in einer entfernten Grenzregion in Südost-Guinea statt. Zunächst weitgehend unbemerkt und anders als bei vorherigen Ausbrüchen, konnte das Virus sich diesmal in einer Gegend mit viel Grenzverkehr ungehindert auf die Nachbarländer Liberia und Sierra Leone ausbreiten. Für dieses Ausmaß der Ausbreitung kam die nationale, regionale und internationale Hilfe viel zu spät, wie Dr. Maximilian Gertler von Ärzten ohne Grenzen (MSF) nüchtern feststellte. Erst im August 2014 reagierte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und rief einen internationalen Gesundheitsnotstand aus.

Chronische Unterfinanzierung

Einer der Hauptgründe, warum die internationale Unterstützung so langsam anließ, ist die Tatsache, dass entsprechende Gelder zunächst eingeworben werden mussten. Die WHO war anfangs nicht einmal

in der Lage, ihren eigenen Notfallplan umzusetzen. Auch regionale Gesundheitsakteure leiden unter einer chronischen Unterfinanzierung, wie z.B. die Westafrikanische Gesundheitsorganisation (WAHO), die als Sonderorganisation für das Gesundheitswesen in der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zuständig ist. Regionale Lösungen seien jedoch gerade zur Bekämpfung von grenzüberschreitend auftretenden Seuchen wie Ebola unabdinglich, waren sich die TeilnehmerInnen einig. Der Aufbau regionaler Plattformen zum Informationsaustausch sei deshalb essentiell zur Prävention und Bekämpfung zukünftiger Seuchenausbrüche.

Zusätzlich sind die nationalen Gesundheitssysteme vieler afrikanischer Länder unterfinanziert und entsprechend unterentwickelt, vor allem im ländlichen Raum. Auch ihre Stärkung – in finanzieller wie struktureller Hinsicht – wurde deshalb als dringend notwendige Maßnahme identifiziert. Dr. Khama Rogo von der *Health in Africa Initiative* der Weltbank forderte, dass der Privatsektor in der Verbesserung nationaler Gesundheitssysteme eine Schlüsselrolle spielen sollte. Damit sind afrikanische Regierungen gleich doppelt gefordert: Sie sollen nicht nur ihr eigenes Budget für die Gesundheitsversorgung hochsetzen, sondern auch die Bedingungen für ein Engagement des Privatsektors im Gesundheitswesen verbessern. Konkret müssten Gesetze und Verordnungen überarbeitet werden, die bislang Investitionen oder den Transfer von Geld erschweren. Selbstverständlich seien auch positive Anreize für ein Engagement des Privatsektors notwendig. Zudem müsse schlichtweg an einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer gemeinsamen Sprache des öffentlichen und des privaten Sektors gearbeitet werden, um die Qualität der Gesundheitsversorgung sicherzustellen, so Rogo.

Mangel an Personal und Medikamenten

Die chronische Unterfinanzierung der nationalen Gesundheitssysteme führt in logischer Konsequenz auch zu einem Mangel an qualifiziertem Personal. So gibt es in vielen Ländern Subsahara-Afrikas deutlich zu wenig Gesundheitspersonal. Viele Ärzte und Krankenschwestern, die in afrikanischen Ländern ausgebildet werden, arbeiten später außerhalb des Kontinents, da sie von reicheren Ländern angeworben werden. Die TeilnehmerInnen der Potsdamer Frühjahrsgespräche waren sich deshalb einig, dass ein Paradigmenwechsel dahingehend notwendig ist, wie MitarbeiterInnen im afrikanischen Gesundheitswesen ausgebildet, eingesetzt und entlohnt werden. Eine Bezahlung, die ausreicht, um eine Familie zu ernähren, ist dabei nur einer von vielen notwendigen Schritten. Beispielsweise könnte auch ein Kompensationsmechanismus eingerichtet werden, der Länder dafür entlohnt, qualifiziertes Fachpersonal auszubilden.

Neben einem Mangel an Gesundheitspersonal gibt es in vielen Regionen Afrikas auch einen Engpass an qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Medika-

menten. Dies liegt vor allem daran, dass eine enorme Abhängigkeit von importierten pharmazeutischen Produkten und anderen medizinischen Versorgungsgütern herrscht und nur wenige Medikamente lokal hergestellt werden. Abhilfe schaffen sollen Initiativen wie das *African Medicines Regulatory Harmonisation (AMRH) Programme* der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (Nepad) oder der *Regional Pharmaceutical Manufacturing Plan of Action* der Ostafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (EAC). Beide Initiativen sollen die Herstellung von und die Versorgung mit sicheren, hochwertigen und wirksamen lebensnotwendigen Medikamenten in den jeweiligen Mitgliedstaaten fördern.

Afrikanisches Zentrum für Seuchenkontrolle und Prävention

Um auf zukünftige Gesundheitsnotfälle auch auf kontinentaler Ebene angemessen reagieren zu können, sollen die Kapazitäten der Afrikanischen Union (AU) gestärkt werden. Die AU-Mitgliedstaaten haben sich deshalb im Januar 2014 darauf geeinigt, ein Afrikanisches Zentrum für Seuchenkontrolle und Prävention (*African CDC*) zu gründen. Das Zentrum soll vor allem eine Plattform für die technische Koordinierung sein und so langfristig die Prävention und Überwachung ansteckender Krankheiten, aber auch Interventionen im Falle eines Ausbruchs auf



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2015: Plenum

dem Kontinent stärken. Das Startbudget des *African CDC* von ca. 4,5 Millionen Euro soll von den AU-Mitgliedstaaten, aber auch von internationalen Partnern wie den USA, der EU und China sowie von privaten Stiftungen, Entwicklungsbanken und aus dem afrikanischen Privatsektor aufgebracht werden.

Verbesserte internationale Zusammenarbeit

Auch die internationale Gemeinschaft hat reagiert, um die Prävention von Gesundheitsnotfällen sowie den Umgang mit Notfällen selbst zu verbessern. Im Februar 2015 hatten die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die norwegische Premierministerin Erna Solberg sowie der Ghanaische Präsident John Mahama

Foreign Voices 1|2015

Lessons learned from Ebola. The need for an Africa Center for Disease Control and Prevention

Olawale I. Maiyegun

Eine wichtige Konsequenz aus dem Ebola-Ausbruch in Westafrika ist der Entschluss der Afrikanischen Union (AU), ein afrikanisches Zentrum für Krankheitskontrolle und Prävention aufzubauen. Dr. Olawale I. Maiyegun, Direktor der Abteilung für Sozialwesen bei der AU, erläutert in den Foreign Voices 1|2015 Zielsetzungen, operationelle Struktur und Finanzierung des geplanten Zentrums.



den UN-Generalsekretär aufgefordert, ein *High-level Panel on the Global Response to Health Crises* eingesetzt. Dieses Panel, das seinen Abschlussbericht im Februar 2016 vorlegte, sollte evaluieren, wie die Welt schneller und koordinierter in einem Gesundheitsnotfall reagieren kann. Auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steht das Thema Gesundheit ganz oben auf der Prioritätenliste, versicherte Hans-Peter Baur, Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Ministerium werde unter anderem die ECOWAS, die WAHO und die EAC im Aufbau neuer regionaler Exzellenzzentren unterstützen und damit einen Teil seiner internationalen Verantwortung im Gesundheitssektor umsetzen.

Global Governance Spotlight 7|2015

Globale soziale Sicherung. Neue Impulse durch die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung

Markus Kaltenborn

Das Thema „Soziale Sicherung“ hat in den vergangenen Jahren eine Renaissance in der entwicklungspolitischen Debatte erfahren. In der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung wird der Aufbau sozialer Sicherungssysteme nun ausdrücklich als eine der neuen globalen Zielsetzungen genannt. Prof. Dr. Markus Kaltenborn analysiert im Global Governance Spotlight 7|2015 „Social Protection Floors“ als Kernelement der 2030-Agenda sowie mögliche Finanzierungsmechanismen und macht Vorschläge zur Implementierung eines weltweiten sozialen Basisschutzes.



Den Privatsektor für eine bessere Gesundheit in Afrika gewinnen

**Interview mit
Dr. Khama Rogo
März 2015**

**Vorsitzender der Health
in Africa Initiative der
Weltbank, Nairobi**

**Was ist die Health in Africa
Initiative der Weltbank
Gruppe?**



Vor fünf Jahren haben die Weltbank, die Internationale Finanzkorporation (IFC) und die Bill & Melinda Gates-Stiftung eine Studie dazu herausgegeben, warum Afrika die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) nicht erreicht hat. Eines der Hauptergebnisse war, dass Afrika seine Ressourcen und sein Potenzial nicht genügend ausschöpft. Zudem fanden sie heraus, dass die meisten Ressourcen auf der nichtstaatlichen Seite – also beim Privatsektor – liegen. Ihre Schlussfolgerung lautete deshalb: Wenn Afrika die MDGs erreichen möchte, muss es die Ressourcen, das Potenzial und die Innovationen des Privatsektors nutzen. Die Frage war: Was hält Afrika davon ab? Antwort eins war, dass es absolut keinen Dialog zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor gab. Antwort zwei war, dass der Privatsektor wachsen wollte, aber von alten und negativen Gesetzen, Politiken und Regulationen daran gehindert wurde. Antwort drei war, dass der Privatsektor Schwierigkeiten hatte, auf Kapital für das erwünschte Wachstum zuzugreifen. Das liegt daran, dass Zinsen in Afrika bei 20-30% liegen. Wenn man Geld zur Armutsreduzierung leihen möchte, ist die Rechnung also ziemlich hoch. Trotz alledem stellte der Privatsektor schon damals mehr als 60% der Gesundheitsdienstleistungen zur Verfügung, beschäftigte mehr als 60% des Personals und verteilte mehr als 80% der Medikamente. Der Großteil des Geldes, das im Gesundheitssektor ausgegeben wurde, waren also bereits private Gelder. Die Weltbank gründete schließlich die *Health in Africa Initiative*, um den Privatsektor in das Gespräch mit dem öffentlichen Sektor zu bringen. Wir sind seitdem damit beschäftigt, Ressourcen zu mobilisieren und Projekte zu starten, um sowohl die Gesundheitsausgaben zu senken, die viele Familien arm machen, wenn jemand krank wird, als auch die Gesundheitsversorgung in Afrika allgemein zu verbessern.

Was hat die Initiative aus der letzten Ebola-Krise gelernt?

Was haben wir gut gemacht und was nicht? Diese Frage müssen sich diejenigen stellen, die sich in Afrika engagieren: Die Regierungen selbst und die externen Partner, die NGOs und alle anderen. Die Antwort

ist, dass diese Akteure nicht all das getan haben, was sie hätten tun können, vor allem hinsichtlich des Tempos, das gefordert war. Mit Blick auf die *Health in Africa Initiative* hat sich gezeigt, dass auch in den drei am meisten betroffenen Ländern die Mehrzahl der Gesundheitsdienstleistungen von nichtstaatlichen Akteuren bereitgestellt wurden. Sie waren diejenigen, die das Sicherheitsnetz aufgespannt haben. Als die öffentlichen Kliniken schließen mussten, haben kirchliche und private Kliniken weiter gearbeitet. Das zeigt noch einmal, warum die *Health in Africa Initiative* gestartet wurde. Hätte es vor der Ebola-Krise bereits einen besseren Dialog zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor gegeben und hätte der Privatsektor mehr Unterstützung erhalten, hätten wir alle mehr leisten können. Um in Zukunft besser auf eine Epidemie wie Ebola vorbereitet zu sein, muss der Privatsektor in Krisenreaktionsplanungen und Trainings zum Management von Epidemien einbezogen werden. Zusätzlich müssen wir nicht nur die Dienstleister, sondern die Angestellten, die Hersteller von Medikamenten und alle anderen einbeziehen und mit kontinuierlicher Finanzierung ausstatten. Um vom Notfall zu einer Übergangsphase und einer langfristigen Planung zu gelangen, müssen wir alle Seiten zusammen bringen. Das ist, was die *Health in Africa Initiative* vorhat.

Wer genau ist der Privatsektor, von dem Sie sprechen?

Die meisten Menschen wissen nicht, dass der Großteil des Privatsektors in Afrika und in der *Health in Africa Initiative* lokale Unternehmer sind. Es ist die Krankenschwester oder die Hebamme, die zwar in Rente ist, aber ihre Fähigkeiten immer noch zur Verfügung stellen möchte. Es ist der Arzt, der arbeitslos ist, weil die Regierung keine Vollbeschäftigung garantieren kann, sodass er die Ersparnisse seiner Familie dazu aufbringt, eine Klinik zu gründen. Es ist der Apotheker, der eine eigene Apotheke aufmacht, Medikamente importiert und so an einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung mitwirkt. Es sind die kleinen Anbieter, die aber Großes leisten. Externe Investoren hingegen sind häufig große Investoren. Viele von ihnen denken immer noch, dass es keinen Markt für den Privatsektor in Afrika gibt. Unsere Definition von Privatsektor lautet: „Jeder, der nicht zum Staat gehört, aber direkt oder indirekt zur Gesundheitsversorgung beiträgt“.

Nach Ebola. Die Einrichtung eines Afrikanischen Zentrums für Seuchenkontrolle und Prävention

Interview mit
Dr. Olawale Maiyegun
März 2015

Direktor, Abteilung für soziale Angelegenheiten, Kommission der Afrikanischen Union (AU), Addis Abeba



Wie würden Sie die Rolle der Afrikanischen Union in der letzten Ebola-Krise einschätzen?

Die Reaktion auf Ebola ist ein Lernprozess für alle Beteiligten, sei es für die AU oder die internationale Gemeinschaft. Denn es war das erste Mal, dass wir alle in einem Notfall derart reagieren mussten. Ich denke, Ebola war wichtig für die AU, denn wir haben unsere eigenen Erwartungen übertroffen. Von der Konzeptionalisierung unserer Reaktion bis zur Ankunft der ersten Helfer vor Ort haben wir einen Monat gebraucht. Am 19. August 2014 haben wir entschieden, zivil-militärische medizinische Missionen zu entsenden und am 15. September ist ein großes Team von Gesundheitsarbeitern in Sierra Leone eingetroffen. Innerhalb eines Monats waren wir in der Lage, ca. 700 Menschen aus Nigeria, Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo und Kenia zu mobilisieren. Bis Januar 2015 waren 835 Menschen vor Ort. Rückblickend ist das eine beeindruckende Leistung.

Was bedeutet das für die Zukunft?

In Zukunft werden wir versuchen, gut ausgebildetes Gesundheitspersonal auf Abruf zu haben, damit wir besser für Notfälle gerüstet sind. Wir haben bewiesen, dass wir grundsätzlich über ausreichende Kapazitäten verfügen. Nun müssen wir diese weiterentwickeln und das Thema auch auf der Ebene der AU-Kommission aufgreifen. Wir müssen eine schnelle Beobachtung und Erfassung von Notsituationen mit unserer Reaktionsfähigkeit koppeln. Aus diesem Grund werden wir ein Afrikanisches Zentrum für Seuchenkontrolle und Prävention (*African CDC*) aufbauen. Der Ebola-Notfall hat den notwendigen Impuls gegeben, die Einrichtung des Zentrums zu beschleunigen.

Was werden die Hauptaktivitäten des Zentrums sein?

Das Zentrum wird sich sowohl um übertragbare als auch um nicht-übertragbare Krankheiten kümmern. Am Anfang werden wir uns jedoch auf ansteckende Krankheiten konzentrieren. In den ersten drei Jahren werden wir folgende strategische Ziele ins Auge fassen: Als erstes werden wir in kleinem Maßstab mit dem Aufbau eines sogenannten ereignisbasierten Systems beginnen. Zweitens werden wir den AU-Mitgliedstaaten helfen, eigene Kapazitäten aufzubauen und Vorschriften im Gesundheitsbereich umzusetzen. 46 afrikanische Mitgliedstaaten der WHO haben noch nicht einmal die Kernelemente der Internationalen Gesundheitsvorschriften umgesetzt. Drittens werden wir Risikogebiete kartieren, in denen häufig Dürreperioden oder Überschwemmungen vorkommen, die mit Krankheiten in Verbindung gebracht werden.

Wie finanziert sich das Zentrum?

Es ist klar, dass die AU-Mitgliedstaaten den Kern der Finanzierung für das Zentrum bereitstellen müssen. Andere Länder, die ihre Unterstützung angekündigt haben, sind die USA, China und die EU. Sicherlich wird auch der Privatsektor eine wichtige Rolle spielen müssen. Viele Firmen haben bereits ihre grundsätzliche Unterstützung ausgedrückt, da es natürlich auch in ihrem Interesse ist, eine Wiederholung von Ebola zu verhindern.

Foreign Voices 2|2015

Combating Ebola in West Africa. WAHO urges to broaden regional cooperation instead of closing borders

Sani Ali

Ali Sani von der Westafrikanischen Gesundheitsorganisation (WAHO) analysiert in seinem Beitrag zur Foreign Voices Serie die Rolle der WAHO als regionale Institution im Kampf gegen den Ebola-Ausbruch und darüber hinaus. Der Autor plädiert für eine Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit – nicht nur in Gesundheitsfragen.



• sef: Finanzen

Finanzbericht

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2015

	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Erträge				
Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		1.795,15		1.631,57
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)		212.105,33		215.658,65
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		26.750,22		24.946,67
Zinsen Girokonten und liquide Mittel (Festgeld)	58,15		360,24	
Bestandsvergütungen	18.606,62		18.169,27	
Versicherungsentschädigung	6.924,56		5.871,04	
Sonstige Erträge (Bestandsvergütung, Aufl. von Rückst., ...)	1.160,89		546,12	
Zuwendungen		291.452,84		205.977,60
Projektzuschuss (Personal) Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	140.252,84		54.777,60	
Spenden	0,00		0,00	
Summe Erträge		532.103,54		448.214,49
II. Aufwendungen				
Projekte		-149.320,84		-127.995,49
Veröffentlichungen	-38.849,03		-26.641,40	
Veranstaltungen	-102.139,98		-95.357,14	
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-8.004,94		-5.486,62	
Sonstige Projektkosten	-326,89		-510,33	
Personalaufwand		-279.959,95		-273.345,57
Löhne und Gehälter	-222.666,34		-216.719,32	
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-57.293,61		-56.626,25	
Abschreibungen		-859,51		-1.856,85
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-49.312,18		-49.798,29
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-18.892,89		-18.765,25	
Versicherungen und Beiträge	-1.423,13		-1.626,73	
EDV (Beratung, Betreuung)	-2.690,28		-3.594,70	
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-2.608,42		-3.389,01	
Telefon und Internet Standleitung	-761,95		-960,20	
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.737,24		-7.720,10	
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-9.237,77		-6.714,35	
Gremien	-5.960,50		-7.027,95	
Abschreibungen		-4,50		0,00
Summe Aufwendungen		-479.456,98		-452.996,20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		52.646,56		-4.781,71
Einstellung in (neg.)/Entnahme aus (pos.) der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO		-52.646,56		4.781,71
Bilanzgewinn/-verlust		0,00		0,00

Bilanz zum 31.12.2015

AKTIVA

		31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR
A Anlagevermögen			
I. Immaterielle Anlagen			
1. Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte		3,00	3,00
II. Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		4.723,84	1.166,10
III. Finanzanlagen			
1. Wertpapiere des Anlagevermögens		7.044.707,51	7.044.707,51
B Umlaufvermögen			
I. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen und Vermögen	0,00		0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	12.816,57	12.816,57	10.293,23
II. Kassenbestand und Guthaben			
1. Kassen- und Portobestand	158,86		476,71
2. Guthaben bei Kreditinstituten	161.121,76	161.280,62	126.418,66
C Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00
		<hr/>	<hr/>
		7.223.531,54	7.183.065,21
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

	PASSIVA		
	31.12.2015		31.12.2014
	EUR	EUR	EUR
A Kapital			
1. Stiftungskapital		6.697.923,64	6.697.923,64
2. Rücklagen gem. § 58 Nr. 7a AO	444.433,71		449.215,42
Gewinn/Verlust zum 31.12.	52.646,56	497.080,27	-4.781,71
B Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen	7.420,00		15.590,20
2. Rückstellungen Wirtschaftsprüfung	5.600,00	13.020,00	5.600,00
C Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.272,09		7.375,20
2. Sonstige Verbindlichkeiten	4.235,54	15.507,63	4.142,46
D Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	8.000,00
		<u>7.223.531,54</u>	<u>7.183.065,21</u>
		<u><u>7.223.531,54</u></u>	<u><u>7.183.065,21</u></u>

• **sef: Intern**

sef: Vorstand

(Stand: 31. Dezember 2015)

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) hat seit dem 23. Oktober 2015 einen neuen Vorstand. Als Vorsitzende benannten die vier Stifterländer Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen einvernehmlich Renate Maria Hendricks, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Sie folgt auf Karin



Kortmann, Parlamentarische Staatssekretärin a.D..

Renate Hendricks ist Mitglied im Ausschuss für Europa und EINE Welt im nordrhein-westfälischen Landtag sowie Schulpolitische Sprecherin und Beauftragte für Eine-Welt-Politik der SPD-Fraktion. Die

Bonner Abgeordnete gilt als anerkannte Bildungsexpertin und setzt sich seit Jahrzehnten über die Landesgrenzen hinaus für die Interessen der künftigen Generationen ein.



Als stellvertretender Vorsitzender neu im Vorstand vertreten ist auch Prof. Dr. Helmut Breitmeier, seit 2013 Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Als weitere Vorstandsmitglieder berief das Kuratorium erneut Dr. Gerd Harms (stv. Vorsitzender), Klaus Brückner (Schatzmeister), Prof. Dr. Tobias Debiel (Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden) sowie Dr. Marianne Beisheim.

Vorsitzende

Renate Maria Hendricks MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Breitmeier
Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Gerd Harms
Staatssekretär a.D., Borkwalde/Berlin

Schatzmeister

Klaus Brückner
Leiter der GIZ-Repräsentanz Berlin

Direktor des INEF

Prof. Dr. Tobias Debiel
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg,
Geschäftsführender Direktor des Käte Hamburger Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“

Weiteres Mitglied

Dr. Marianne Beisheim
Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“,
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Die Amtszeit des Vorstandes beträgt vier Jahre.

2015 aus dem Vorstand ausgeschieden

Karin Kortmann
Parlamentarische Staatssekretärin a.D., Düsseldorf

Prof. Dr. Robert Kappel
Präsident Emeritus und Senior Research Fellow des GIGA Leibniz Instituts für Globale und Regionale Studien, Hamburg

sef: Kuratorium

(Stand: 31. Dezember 2015)

Vorsitzende des Kuratoriums

Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des Landes
Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

Stanislaw Tillich
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke
Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Ilka Freifrau von Boeselager MdL
CDU-Sprecherin im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf

Friedhelm Boginski
Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Gerd Deihle
Mitglied im Vorstand Eine Welt Netz NRW e.V.,
Düsseldorf

Bärbel Dieckmann
Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn/Berlin

Stefan Engstfeld MdL
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Sven Giegold MdEP
Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Brüssel



sef: Workshop für ExpertInnen der Bundesländer im Neuen Schloss Stuttgart

Annelie Gröniger
Geschäftsführerin
DW Media Services GmbH, Bonn

Friederike de Haas
Ehemalige Ausländerbeauftragte des Freistaates Sachsen, Dresden

Frank Herrmann MdL
Mitglied im Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz
Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Kerstin Kaiser MdL
Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg, Potsdam

Ulrich Kelber MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin

Dr. Friedrich Kitschelt
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Heinz-Joachim Lohmann
Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Rolf Mützenich MdB
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Mary Kay Prinzler
Geschäftsführerin EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V., Berlin

Uwe Prüfer
2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Prof. Dr. Jakob Rhyner
Direktor am Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), Bonn

Dr. Imme Scholz
Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Heike Spielmans
Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), Berlin/Bonn

Katharina Tomoff
Vizepräsidentin Shared Value/GoGreen
Deutsche Post DHL, Bonn

Dr. jur. Ingo Wolf MdL
Staatsminister a.D., Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Monika Zimmermann
Stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn

sef: Beirat
(Stand: 31. Dezember 2015)
Vorsitzender des Beirats

Prof. Dr. Lothar Brock
Seniorprofessor an der Goethe-Universität
Frankfurt am Main
Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens-
und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tilman Brück
Gründer und Direktor des ISDC – International
Security and Development Center, Berlin

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
Professorin für Internationale Beziehungen und
Theorien globaler Ordnung
Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Maja Göpel
Leiterin des Berlin Büros des Wuppertal Instituts für
Klima, Umwelt, Energie, Berlin

Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand
Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber
Senior Advisor und Direktor Emeritus der
Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka
Professorin für Sozialanthropologie und Direktorin
am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an
der Universität Bielefeld

Cornelia Richter
Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn/
Bonn

Prof. Dr. Siegmund Schmidt
Professor für Internationale Politik und Analyse und
Vergleich politischer Systeme an der Universität
Koblenz-Landau

Prof. Dr. Ulrich Schneckener
Professor für Internationale Beziehungen & Friedens-
und Konfliktforschung, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas
Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und
Internationale Studien, Universität Bremen



Berliner Sommerdialog 2016: Johannes Luchner, Eltje Aderhold, Tobias Debiel, Ulrike von Pilar und Michael Kingsley-Nyinah (v.l.n.r.)

Adolf Kloke-Lesch
Assoziierter Wissenschaftler beim Deutschen Institut
für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Elke Krahnemann
Professorin für Sicherheitspolitik an der Brunel
University, London, und Gastforscherin an der
Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
(HSFK), Frankfurt/Main

Prof. Dr. Raimund Krämer
Außerplanmäßiger Professor für internationale und
vergleichende Politik, Universität Potsdam

Prof. Dr. Thilo Marauhn
Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und
Europarecht, Justus-Liebig-Universität Gießen

sef: MitarbeiterInnen
(Stand: 31. Dezember 2015)

Sabine Gerhardt
Wissenschaftliche Referentin/Presse

Rebekka Hannes
Wissenschaftliche Referentin

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer 2015

Im Jahr 2015 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von ExpertInnen als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Als Mitveranstalter oder Kooperationspartner fungierten 2015 (in alphabetischer Reihenfolge):

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn
- Germanwatch, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Käte Hamburger Kolleg/Center for Global Cooperation Research (KHK/GCR21), Duisburg
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn



Bonn Symposium 2015: Austausch unter den TeilnehmerInnen zum Start am zweiten Konferenztag

- Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (sez), Stuttgart
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Welle, Bonn
- FriEnt, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2015 Mitglied in folgenden Foren:

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Bonn

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2015

Veranstaltungen 2015

Workshop für Experten der Bundesländer

Thema: Regionale Partnerschaften mit dem Globalen Süden - Erfolgsbedingungen und Herausforderungen
 Programmbereich: II. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung
 Ort/Termin: Neues Schloss, Stuttgart, 05.-06. März 2015
 Kooperation: Staatsministerium Baden-Württemberg (Förderung) und Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (sez)

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2015

Thema: Disease Control and Prevention in Africa: Current Reforms to Strengthen Regional Cooperation
 Programmbereiche: II. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung und III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Ort/Termin: Hotel Voltaire, Potsdam, 26.-27. März 2015
 Kooperation: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Zeitschrift WeltTrends
 Förderung: Empfang durch das Land Brandenburg

sef: Policy Lunch 2015

Thema: International tax cooperation for sustainable development worldwide
 Programmbereich: II. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung
 Ort/Termin: NRW-Landesvertretung in Brüssel, 06. Mai 2015
 Förderung: Tagungsräumlichkeiten durch das Land Nordrhein-Westfalen

sef: Workshop im Rahmen der Bonn Conference for Global Transformation (GIZ und Land NRW)

Thema: Transformative alliances: How small groups of stakeholders could make a big difference
 Programmbereich: I. Normative Herausforderungen für Global Governance
 Ort/Termin: World Conference Center Bonn, 12.-13. Mai 2015
 Kooperation: Germanwatch

Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des sächsischen Landtags

Thema: Universelle Ziele nachhaltiger Entwicklung: Was bedeuten sie für Sachsen?
 Programmbereich: II. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung
 Ort/Termin: Restaurant Chiaveri im Sächsischen Landtag Dresden, 10. Juni 2015
 Förderung: Räumlichkeiten und Empfang durch das Land Sachsen

Berliner Sommerdialog 2015

Thema: Die internationale Verantwortung in Flüchtlingssituationen: Prävention – regionale Stabilität – Friedensarbeit
 Programmbereich: III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 17.-18. Juni 2015
 Förderung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Räumlichkeiten durch das Land Berlin

Streitgespräch anlässlich des Erscheinens der Globalen Trends 2015

Thema: Verantwortung(slosigkeit) in der internationalen Politik: Welche Rolle für Deutschland?
 Programmbereiche: I. Normative Herausforderungen für Global Governance; II. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung und III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 18. Juni 2015
 Förderung: Räumlichkeiten durch das Land Berlin

sef: Policy Briefing 2015

Thema: International Responsibility in the Global Garment Industry: What Role for the EU?
 Programmbereich: I. Normative Herausforderungen für Global Governance
 Ort/Termin: Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, 04. November 2015
 Kooperation: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ);
 CIDSE - Internationale Allianz von katholischen Entwicklungsorganisationen;
 Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

Bonn Symposium 2015

Thema: Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung lokal umsetzen – Strategien und Instrumente
 Programmbereich: III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Ort/Termin: Deutsche Welle, Bonn, 17.-18. November 2015
 Kooperation: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGmbH, Land
 Nordrhein-Westfalen und Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany
 Förderung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); Land
 Nordrhein-Westfalen; Deutsche Welle; Empfang durch die Stadt Bonn; Stiftung Interna-
 tionale Begegnung der Sparkasse in Bonn

International sef: Expertenworkshop 2015

Thema: Achieving International Peace and Security: Towards a New Normative Consensus
 Programmbereich: I. Normative Herausforderungen für Global Governance
 Ort/Termin: Haus der EKD Berlin, 08.-09. Dezember 2015

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2015**Globale Trends 2015. Perspektiven für die Weltwirtschaft**

Herausgeber: Michèle Roth, Cornelia Ulbert, Tobias Debiel
 Erschienen: Mai 2015; Deutsche Ausgabe beim Fischer TB-Verlag
 Mai 2015; Englische Kurzausgabe im Eigenverlag und online englische Komplettausgabe

Global Governance Spotlight 1|2015, März

Titel: Die Vereinten Nationen und globale Gesundheitskrisen. Lessons learnt aus dem Ebola-Ausbruch
 Autorin: Cornelia Ulbert

Global Governance Spotlight 2|2015, April

Titel: Meilenstein für mehr globale Steuergerechtigkeit? Die 3. Internationale Konferenz zur
 Entwicklungsfinanzierung
 Autor: Wolfgang Obenland

Global Governance Spotlight 3|2015, Juni

Titel: Die G7-CONNEX-Initiative. Erfüllt sie ihren Zweck?
 Autorinnen: Myriam Carius/Opemiposi Adegbulu

Global Governance Spotlight 4|2015, Juni

Titel: Von der R2P zur RWP. Schwellenländer und die Zukunft der Intervention
 Autor: Kai Michael Kenkel

Global Governance Spotlight 5|2015, Juni

Titel: Follow-up und Review der Post-2015-Agenda. Steilvorlage für eine effektive
 Umsetzung der SDGs?
 Autorin: Marianne Beisheim

Global Governance Spotlight 6|2015, August

Titel: BRICS. Realistische Alternative für globale Reformen?
 Autor: Herbert Wulf

Global Governance Spotlight 7|2015, Oktober

Titel: Globale soziale Sicherung. Neue Impulse durch die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung
 Autor: Markus Kaltenborn

Global Governance Spotlight 8|2015, November

Titel: Das Valletta-Dilemma. Warum afrikanische Migrations-Governance im Mittelpunkt stehen sollte
 Autorin: Mehari Taddele Maru

Foreign Voices 1|2015, April

Titel: Lessons learned from Ebola. The need for an Africa Center for Disease Control and Prevention
 Autor: Olawale I. Maiyegun

Foreign Voices 2|2015, April

Titel: Combating Ebola in West Africa. WAHO urges to broaden regional cooperation instead of closing borders
 Autor: Sani Ali

Foreign Voices 3|2015, Mai

Titel: Public Diplomacy Coalitions with the Global South. East Asia as the next global center of gravity
 Autorin: Carolina G. Hernandez

Foreign Voices 4|2015, November

Titel: Implementing the Sustainable Development Goals – The Municipalities' Roles and Responsibilities
 Autorin: Esther Ofei-Aboagye

SEF/INEF News, Januar 2015

Titel: Kleine Unternehmen - große Verantwortung? Die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von KMU

SEF/INEF News, März 2015

Titel: Globale Gesundheitskrisen meistern: Lehren aus dem Ebola-Ausbruch

SEF/INEF News, Mai 2015

Titel: Internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen für nachhaltige Entwicklung weltweit

SEF/INEF News, Juni 2015

Titel: Flüchtlingspolitik – Ausdruck der Verantwortung(slosigkeit) der internationalen Gemeinschaft?

SEF/INEF News, Juli 2015

Titel: Stakeholder-Engagement als Beitrag zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht (*Due Diligence*) von Unternehmen?

SEF/INEF News, Oktober 2015

Titel: Vom Sorgenkind zum Musterschüler? Die globale Textilindustrie unter Zugzwang

SEF/INEF News, November 2015

Titel: Der Valletta-Gipfel – Startschuss für eine kooperative Migrationspolitik?

SEF/INEF News, Dezember 2015

Titel: Souveränität und Internationale Verantwortung. Lebendige, da umstrittene Normen?

Jahresbericht 2014, August 2015

Titel: Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2014

Video-Interviews im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2015

Interview: Olawale Maiyegun, Director, Department of Social Affairs, AU Commission, Addis Ababa
 Khama Rogo, Head, Health in Africa Initiative, World Bank, Nairobi

Video-Interviews im Rahmen des Berliner Sommerdialogs 2015

Interview: Amin Awad, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), Amman
 Dr. Ramy Lakkis, Direktor, Lebanese Organisation for Studies and Training (LOST), Beirut
 Irem Somer, Association for Solidarity with Refugees (Mülteci-Der), Izmir

Video-Interview im Rahmen des Bonn Symposium 2015

Interview: Mercedes Mathebula, Nachhaltigkeitsbeauftragte der Stadt Tshwane

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org :  @sefbonn

www.sef-bonn.org